Merseburger Tageblatt
Kreisblatt
Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 2,10, monatl. 70 Pf. durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1.80 bezw 60 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pf. für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 20 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Ziffergebühr und Portoauslagen extra.

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 103. Freitag, den 3. Mai 1918. 158. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4 betr:

Neue Gebührenordnung für die Schornsteinfegermeister.

Tageschronik

Sewastopol besetzt.
Die ukrainische Rada gestürzt.
Deutschfeindliche Umtriebe in der Ukraine.
Deutsch-französischer Gefangenenaustausch.
Bevorstehender Friedensschluß mit Rumänien.
Aufschub der Wehrpflicht für Irland.
U-Bootbeute: 26 000 Br.-R.-To.
Fortsetzung der Wahlrechtsdebatte (s. Beil.)

Deutschtum und gleiches Wahlrecht.

Mit angstvoller Spannung blickt das Deutschtum in der Ostmark auf die Verhandlungen im preußischen Augeordnetenhause über das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Man muß sich vollständig darüber klar sein, daß tatsächlich durch all die jüngsten Ereignisse eine große Mutlosigkeit die deutschen Bauern in der Ostmark ergriffen hat, eine Mutlosigkeit, die bereits viele zur Auswanderung drängte. All die Nebel, die sich auf das preußische Ostmarkenvolk absenkten und ihm den Ausblick in die Zukunft nahmen, hatte die Herrenhaus-Rede des Landwirtschaftsministers von Eisenhart-Rothe zu zerstreuen begonnen. In markigen Worten setzte er sich für den Schutz des Deutschtums in den Ostmarken ein. Nach ihm sollte die Formel für die künftige Polenpolitik lauten: Weitere Stärkung des Deutschtums und, soweit damit vereinbar, vorsichtiges Entgegenkommen gegen die Wünsche der Polen. iDe Ansiedlungskommission wird sofort nach Friedensschluß ihre Tätigkeit in altem Umfange wieder aufnehmen.

Man muß sich angesichts der Wahlrechtsverhandlungen und der Hartnäckigkeit, mit der sich die Regierung einhellig für das allgemeine gleiche Wahlrecht einsetzt, ohne sich auf Erörterungen über seine notwendigen Folgen wie auf zahlreichen anderen Gebieten so auch auf dem der Ostmarkenpolitik einzulassen, darauf gefaßt machen, daß die löblichen Absichten der Regierung unausführbar werden.

Das Deutschtum in den Ostmarken ist wahrlich schwer bedrängt. Wenn das so weitergeht, dann wird langsam aber sicher das deutsche Bauerntum in der Ostmark verschwinden und den Polen Platz machen. So manche Kriegerwitwe hat ungeahnte Schwierigkeiten zu überwinden. Einmal ist schon an sich die Bewirtschaftung recht schwer, dazu kommen die polnischen Ränke, die sie als Deutsche vielfach in der rein polnischen Umgegend zu überwinden hat. Die gleichen Gründe kommen in Frage für manchen Kriegsinvaliden, der in die Heimat zurückkehrt. Wer möchte angesichts dieser Tatsache auf diese Frauen und Männer einen Stein werfen, wenn sie die günstige Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen suchen und ihr Besitztum an Polen, die gut zahlen, verkaufen. In weitestem Maße ist bereits deutscher Grund und Boden in polnische Hand übergegangen. Die Polen verfügen, wie in den Verhandlungen des Herrenhauses der Oberbürgermeister Dr. Hasse in Thorn mit Recht ausgeführt hat, über unermeßliche Geldmittel. Aus den Ausweisen der polnischen Zentral-Genossenschaften geht hervor, daß die Depositen während der Kriegszeit um das Vierfache gestiegen sind, dazu wurde auch das Anlage-Kapital vermehrt. Hinzu kommt die glänzende Organisation des polnischen Gemeinwesens im preußischen Staate, dem die Deutschen nichts Gleiches entgegenzustellen haben.

Und alle diese schon heute das Deutschtum im Osten schwer bedrohenden Verhältnisse werden ungeheuer verschärft, wenn durch eine schrankenlose Demokratisierung des Wahlrechts die Schleusen für die rote Flut auch im Abgeordnetenhause sich öffnen.

Die letzten Jahre haben die Tatsache offenkundig auch für den Blindesten gemacht, daß die Demokratie in allen Ländern nach der Pfeife des Geldsackes tanzt. Die internationale Dreieinigkeit Plutokratie, Ultramontanismus und Sozialismus heulen vor Gier, auch im preußischen Landtage die Herrschaft an sich zu reißen, in dieser Hochburg der monarchischen Tradition endlich frei und unbehindert den rot-schwarz-goldenen Dreizack schwingen zu können.

Wie ein Hohn klingt es, wenn die „Demokraten“ aller Schattierungen und Bekenntnisse das allgemeine gleiche Wahlrecht als ein Recht und ein heißerstrebtes Ziel des „reifen Volkes“ fordern und dabei auf das Heer als den Hauptträger dieses Verlangens hinweisen, gleichzeitig aber sich entschieden weigern, den Feldgrauen selbst die Entscheidung darüber zu übertragen, welchen Wert sie auf seine Erfüllung legen. Lebhaft erinnert dieses Verfahren an die Demagogie des Vielverbandes hinsichtlich des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“. In Elsaß-Lothringen verbittet man sich die Volksabstimmung, weil sie gegen Frankreich ausfallen würde, und das besiegte Deutschland würde ohne Rücksicht auf seinen Volkswillen in Einzelstaaten aufgeteilt werden, um es machtlos zu machen.

Der Hinweis auf unsere Heeresangehörigen streitet ja auch wider alle Logik. Die Feldgrauen haben in ihrem Kampfe gegen den übermächtigen Feind einsehen gelernt, daß ein Volk und ein Heer ohne eine intelligente Führung, der unbedingter Gehorsam geleistet werden muß, niemals bestehen können; daß Schichtung je nach Können und Begabung, Ueberordnung und Unterordnung unerläßlich notwendig sind. Die bolschewistische Gleichmacherei lehrt als drastisches Gegenbeispiel, daß die Auflösung von Ordnung und Unterordnung Volk und Heer ins Verderben führt. Und trotzdem will man uns glauben machen, unsere Krieger schwärmten für die unbedingte Gleichmacherei! Trotz einer rastlosen Preßmache in dieser Frage glauben und wissen wir: es ist nicht wahr! Das Feldheer will siegen, es will im schwer errungenen Frieden eine Wohlfahrt, die von gleicher Weisheit getragen und gesichert wird, wie sie die Erfolge des gigantischen Kampfes gezeitigt hat. Alles andere ist Lüge und ein Produkt politischer Machtgier, unweiser Furchtsamkeit und hysterischer Uebertreibung erpreßter Versprechungen.

Und auch mit der Ehrlichkeit ist es auf den beteiligten Seiten anscheinend nicht zum Besten bestellt. Man will „Sicherungen“ schaffen durch einen Ausbau der Ersten Kammer. Ueber diese Sicherungen ist man sich noch völlig im Unklaren. Sicher scheint nur, daß über diese Sicherungen auf eine Einigkeit zwischen den Elementen, die heute unentwegt für das gleiche Wahlrecht eintreten, kaum zu rechnen sein wird.

Selbst wenn der § 3 der Wahlrechtsvorlage eine — auf alle Fälle winzige — Mehrheit in der zweiten Lesung finden würde, ist das Schicksal der Gesamtvorlage noch keineswegs gesichert. Und es scheint auch nicht, daß die dritte Lesung der zweiten, wenn diese eine Mehrheit zeitigen sollte, allzu geschwind folgen würde. Denn dann beginnt erst der schwierigste Teil der Kommissionsarbeit: die Redaktion eben jener „Sicherungen“, über deren Art und Grad sich die verschiedenen Teile der präsumtiven Mehrheit keineswegs einig sind, und die ein ganz ungewöhnlich schwieriges und heikles Problem bedeuten. Aber daß die Regierung und die nicht schlechthin radikaldemokratischen Elemente der Mehrheit solche Sicherungen für nötig halten, beweist schlagend die schweren Mängel der Vorlage.

Wie dem auch sei, die durch eine Versteifung der Ersten Kammer zu schaffenden Bürgschaften können auf keinen Fall als dauernde Beruhigung wirken für die Sorgen wegen unserer künftigen völkischen Entwickelung. Die Ostfragen namentlich, keinesfalls aber diese allein, werden durch die Demokratisierung und quasi Internationalisierung des Landtagswahlrechts auf das äußerste gefährdet, denn das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses wird niemals durch einen Ausbau der Ersten Kammer in einem solchen Maße sich einschränken lassen, daß die Regierung imstande sein könnte, gegen den entschlossenen Willen der demokratischen Mehrheit im Abgeordnetenhause nationale Aufgaben zu erfüllen. Die Quadratur dieses Zirkels zu lösen, scheint uns wenigstens ein hoffnungsloses Beginnen.

Heeres- und Flottenbericht.

Sewastopol kampflos besetzt.

Großes Hauptquartier, 2. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

An der Schlachtfront ist die Lage unverändert. Der Artilleriekampf war in den Abschnitten des Kemmelberges gesteigert. Auch zwischen Somme und Luce-Bach bei Montdidier, Lassigny und Noyon lebte er vielfach auf. Im übrigen blieb die Gefechtstätigkeit auf Erkundungen beschränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front war die französische Artillerie in den Nachmittagsstunden rege. Kleinere Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Osten.

Ukraine: Vor Sewastopol brachen wir feindlichen Widerstand. Die Stadt wurde am 1. Mai kampflos besetzt.

Erster Generalquartiermeister: Ludendorff.

* * *

26 000 Tonnen im Mittelmeer versenkt.

Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) Im westlichen Mittelmeer versenkte neuerdings ein U-Boot, Kommandant Kapitänleutnant Klasing, bei schwerem Wetter 5 Dampfer von zusammen etwa 26 000 Br.-R.-To. Alle Dampfer waren gesichert, 4 von ihnen tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Vom Krieg und Frieden.

Aus dem Westen

Verzweifelte feindliche Angriffe gegen Dranoeter.

Auf dem Schlachtfelde in Flandern unternahm der Feind starke Angriffe gegen unsere Stellungen bei Langemarck, nördlich des Dorfes Kemmel und vor allem sechsmal hintereinander gegen unsere Linien westlich Dranoeter, die jedesmal unter ungeheuren blutigen Verlusten restlos zusammenbrachen. Insonderheit mußten frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte bei Dranoeter im Kampf um Englands Prestige aufs schwerste bluten. Die rücksichtslos durchgeführten Angriffe, die beweisen, wie wichtig für den Gegner die dort verlorenen Stellungen sind, trugen durch die Ergebnislosigkeit der kostspieligen Anstürme lediglich dazu bei, die von der deutschen Führung beabsichtigte Zertrümmerung der feindlichen Heeresmacht zu beschleunigen.

Nachdem bereits in der Nacht vom 29. zum 30. und am Morgen des 30. 4. drei starke feindliche Angriffe gegen Dranoeter z. T. im Gegenstoß, abgewiesen waren, brach um 10.30 Uhr vormittags ein neuer starker feindlicher Angriff gegen unsere Linien westlich Dranoeter vor, der in dem frontalen und flankierenden Vernichtungsfeuer schon vor den deutschen Infanteriestellungen zerschellte. Um 4.30 Uhr nachmittags setzte schlagartig aufs neue starkes Artilleriefeuer zwischen Brulcoze und westlich Dranoeter ein. Dem starken Feuer folgte um 5.15 Uhr nachmittags ein tief gegliederter feindlicher Angriff, der ebenfalls unter schwerem Feindverluste abgeschlagen wurde. Trotz der wiederholten Mißerfolge gab der Franzose seine verzweifelten Angriffsversuche nicht auf. Er trat an der gleichen Stelle gegen 10 Uhr abends nochmals mit starken Kräften zum Sturm an. Wiederum brach dieser nach schweren Blutopfern des Feindes vor den deutschen Linien zusammen.

Der 30. 4. brachte damit den frisch eingesetzten Divisionen des Generals Foch eine schwere Niederlage.

Foch kündigt die Kriegsentscheidung an.

Genf, 1. Mai. „Petit Journal“ meldet: General Foch hat einen Armeebefehl an die französische Armee erlassen, in dem von der bevorstehenden Entscheidung des Krieges die Rede ist.

Die deutschen Reserven unerschöpflich.

Basel, 1. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Laut „Echo de Paris“ bringen die Deutschen immer neue Reserven heran. Auf allen Linien tobt seit Anfang der Woche ihr Angriff. Ueberall versucht die Infanterie durchzubrechen. Wo die Truppen der Alliierten nachgeben, erfolgt sofort ein Masseneinsatz aller deutschen Kräfte.

Der Bahnhof von Hazebrouck unter Feuer.

Berlin, 1. Mai. Der Bahnhof Hazebrouck lag am 29. April unter zusammengefaßtem deutschen Feuer. Einwandfrei wurde starke Wirkung festgestellt. Mehrere Brände sind beobachtet.

Die englischen Verluste.

67 300 Mann in einer Woche.

Basel, 1. Mai. Nach Londoner Berichten enthält die englische Verlustliste für die dritte Aprilwoche 67 300 Namen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180503-12/fragment/page=0001

Furcht vor Angriffen an der belgischen Front.

Amsterdam, 1. Mai. Wie holländische Blätter aus dem britischen Hauptquartier erfahren, werden auch an der belgischen Front neue schwere Angriffe der Deutschen befürchtet. Tag und Nacht kreisen die deutschen Beobachtungsflieger über den letzten belgischen Städten. Die starke Bewegung an der deutschen Front lasse erkennen, daß auch dort in aller Kürze eine Offensive erfolgen wird. Die belgische Heeresleitung hat bereits die englische um Verstärkungen für die belgische Front ersucht.

Zwischen Oise und Avre.

Berlin, 1. Mai. An der Front zwischen Oise und Avre setzen die Franzosen ihre fieberhafte Schanztätigkeit fort. Diese Arbeiten sind infolge des deutschen Feuers, das mit gleicher Heftigkeit auf Anmarschwegen, Ortschaften und Unterkünften, Infanterie- und Artilleriestellungen liegt, für die Franzosen mit außerordentlichen Verlusten verbunden. Die Franzosen erwidern vor allem das Feuer auf die Ortschaften und haben bereits die Städte Montdidier, Noyon und Roye, sowie zahlreiche Dörfer in wüste Trümmerhaufen verwandelt. Die französische Infanterie dagegen zeigt sich außerordentlich wenig rege. Ihre Vorposten weichen den häufigen deutschen Patrouillenvorstößen mit Vorliebe aus. Eigene Patrouillen schicken die Franzosen nur in erheblicher Stärke vor, so in der Nacht vom 28. zum 29. April, wo ein Stoßtrupp in Stärke von 100 Mann sich bei Chauny den deutschen Linien zu nähern versuchte. Er wurde blutig abgewiesen und ließ mehrere Tote vor den deutschen Gräben liegen.

Franzosen an der ganzen Westfront.

Berlin, 1. Mai. Für die bedrohte Waffenehre ihres britischen Bundesgenossen bluten unausgesetzt beste französische Truppen in Flandern. Mit dem Auftreten starker französischer Kräfte auch auf diesem Kriegsschauplatz sind französische Truppen nunmehr auf der ganzen Westfront von Poperinghe bis zur Schweiz verteilt und man überläßt ihnen die Verteidigung der wichtigsten Stellungen und die Durchführung der verlustreichsten und bisher ergebnislosen Gegenangriffe.

Vor Beginn der neuen Offensive verlief die Nordgrenze der französischen Stellungen an der Oise.

Der große Brand in Reims.

Genf, 1. Mai. Laut „Journal des Debats" dauert der große Brand in Reims fort. Die Lage ist schrecklich. Das Feuer teilt sich überall mit blitzartiger Schnelligkeit mit. Asche, brennende Papierteile und Flugfeuer werden bis Pargny, viele Kilometer von Reims entfernt, fortgeweht. Einer weiteren Pariser Meldung zufolge sind bisher in Reims über 1000 Häuser vernichtet worden. Die Beschießung hat in den letzten Tagen etwas nachgelassen.

Der optimistische Clemenceau.

„Die „Neue Korrespondenz" meldet aus Paris: Clemenceau, welcher seit der Eröffnung der Sitzung der Generalräte nicht in der Kammer erschienen war, ließ sich für kurze Zeit in den Wandelgängen sehen. Sofort wurde er von zahlreichen Abgeordneten umringt, die ihn über seine Eindrücke über die militärische Lage befragten. Mit der an ihm gewohnten Klarheit und Entschlossenheit antwortete Clemenceau: In ihrer Gesamtheit ist die Front stabilisiert, und die von dem Oberkommando getroffenen Maßnahmen gestatten den Schluß, daß die von den Deutschen besonders ins Auge gefaßten Ziele als gegen alle Angriffe gerüstet betrachtet werden können.

„Bis Ende Juli muß die Entscheidung fallen!"

Zürich, 1. Mai. „Secolo" meldet aus London: Ein Befehl des Kriegsamts betrifft die Mobilisierung von 450 000 Mann in der Ueberzeugung, daß bis Ende Juli die Entscheidung des Feldzuges gefallen sein muß; England sendet deshalb den letzten Mann nach dem Festlande.

Das Wehrpflichtgesetz für Irland verschoben.

London, 1. Mai. (Reuter.) Es ist eine königliche Verordnung erschienen, durch die das Inkrafttreten des Dienstpflichtgesetzes für Irland verschoben wird. „Daily News" meldet, daß die Regierung sich entschlossen habe, bezüglich der Einführung der Dienstpflicht in Irland in den nächsten Wochen eine abwartende Haltung einzunehmen, bis sie beurteilen kann, welche Erfolge die Homerule Bill haben wird. Die Regierung hofft die Homerule Bill nächste Woche einbringen zu können.

(Dies ist kaum verhüllter Bankerott der Politik Lloyd Georges, der wohl über kurz oder lang nicht ohne besondere Folgen bleiben wird.)

Heimkehr von 120 000 Deutschen aus französischer Gefangenschaft.

Berlin, 1. Mai. (Drahtbericht.) In Bern sind die seit längeren Tagen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung über Gefangenenfragen geführten Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Die getroffenen Vereinbarungen liegen jetzt den beiderseitigen Regierungen vor.

Das wichtigste Ergebnis wird für uns die Entlassung einer großen Anzahl deutscher Kriegsgefangenen sein, die sich mindestens 18 Monate in Gefangenschaft befinden. Die kriegsgefangenen Offiziere werden in der Schweiz interniert, die Unteroffiziere und Mannschaften unmittelbar in die Heimat entlassen, und zwar ist für die Reihenfolge der Tag der Gefangennahme entscheidend. Der Austausch soll sich Kopf um Kopf vollziehen. Doch hat man für die Klassen der Gefangenen, die mehr als 45 Jahre alt sind, und für die mehr als 40 Jahre alten Familienväter mit mindestens 3 Kindern aus Gründen der Menschlichkeit auf die Forderung der Entlassung Kopf um Kopf verzichtet. An deutschen Kriegsgefangenen kommen 2000 Offiziere und 120 000 Mann in Frage.

Der Seekrieg

Ausdehnung des englischen Sperrgebiets.

Haag, 1. Mai. Das holländische Auswärtige Amt teilt mit, daß die britische Admiralität die Sperrzone auf der Nordsee wieder ausgedehnt hat, und zwar auf der Höhe von Udsire quer über die Nordsee nach den Orkney-Inseln. Hierdurch wird die Holland gestattete freie Fahrtrinne zwischen Butterford und Selbjörnsfjörd erheblich beeinträchtigt oder vielleicht völlig unverwendbar gemacht.

Eine englische Statistik der Schiffsverluste.

London, 25. April. (Reuter.) Die Admiralität gibt folgendes bekannt: Die Regierung beabsichtigt, in Zukunft monatlich eine Aufstellung über den Verlust an Bruttotonnage und der im Vereinigten Königreich einlaufenden und auslaufenden Tonnage herauszugeben. Die Verluste an englischen, alliierten und neutralen Handelsschiffsraum infolge feindlicher Unternehmungen und Seegefahr während des Vierteljahres, das mit März 1918 endet, verglichen mit den vorhergehenden Abschnitten, betragen an Bruttoregistertonnen: März 1917: englische Verluste 911 840, alliierte und neutrale 707 533, zusammen 1 619 373, Juni 1917: englische Verluste 1 361 870, alliierte und neutrale 875 064, zusammen 2 236 934. September 1917: englische Verluste 952 938, alliierte und neutrale 541 535, zusammen 1 494 473. Dezember 1917: englische Verluste 782 889, alliierte und neutrale 489 954, zusammen 1 272 843. März 1918: britische Verluste 687 576, alliierte und neutrale 435 954, zusammen 1 123 510.

Der Unterschied der deutschen und englischen Angaben hat aller Wahrscheinlichkeit nach im wesentlichen folgened Ursachen:

1. Die englischen Angaben bezeichnen den Nettoverlust, d. h. von den Versenkungen ist der Zuwachs durch Neubau, Kauf, Erpressung usw. bereits abgesetzt. Wie weit hier noch Netto und Brutto-Registertonnen (z. B. Nettoversenkungen gegen Bruttozuwachs) durcheinander gebracht sind, bleibt dahingestellt.

2. Verluste an den ca. 6½ Mill. To., die im militärischen Dienst stehen, sind als „Kriegsschiffsverluste" überhaupt nicht mit angeführt.

4. Dann noch eventuell verbleibende Unterschiede sind vielleicht so zu klären, daß als Neubau nicht etwa jedes fertiggestellte, sondern überhaupt jedes Schiff gerechnet ist, für das ein Bauauftrag vorliegt. Wie gering die tatsächliche Ablieferung von fahrbereiten Neubauten ist, ist ja zur Genüge bekannt. Jede neue Heeresvermehrung verringert den Neubau in fortschreitender Größe.

Die deutschen Schiffe in Chile.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Die „Times" melden aus Buenos Aires: Eine aus dem Handelsamt in Washington stammende Mitteilung gibt aufs deutlichste zu verstehen, daß Argentinien von dem Schiffsraum, der nutzlos in seinen Häfen liegt, Gebrauch machen sollte, da es sonst wahrscheinlich unmöglich sein würde, Schiffsraum für die Reise nach den La Plata-Häfen zur Verfügung zu bekommen. Chile unterhandelt schon eifrig über die Benutzung d utschen Schiffsraumes in seinen Häfen.

Aus dem Osten

Ukrainische Quertreibereien.

Deutsche Ordnungsmaßnahmen.

Berlin, 1. Mai. In letzter Zeit machte sich in Kiew eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßregeln traf, um die Frühjahrsaussaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall von Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn v. Mumm genötigt, einen Erlaß über die Ausführungen der Frühjahrsbestellungen zu veröffentlichen, der von der ukrainischen Presse entstellt wiedergegeben wurde, was Aufregung im Lande und in der Rada einen Protest hervorrief. Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung sich an der Agitation gegen uns beteiligten. Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors der russischen Bank für auswärtigen Handel, Dabry, eine besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärung im Namen „Des Bundes zur Befreiung der Ukraine" in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zu Hilfe gerufene Soldaten der Regierungsmiliz weigerten sich, ihn zu schützen. Sein Aufenthalt ist zur Zeit noch unbekannt. Dabry war als ukrainischer Finanzsachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um die sachgemäße Zusammenarbeit mit der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war. Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie. Feldmarschall Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem Kaiserlichen Botschafter Mumm zur Sicherung Kiews besondere Maßnahmen. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dabry einem deutschen Militärgericht übertragen. Sie führte zur Verhaftung des Kriegministers Skukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Tkatschenko, des Kommandanten der Stadtmiliz Rogazki und des Abteilungschefs im Ministerium des Aeußern Ljubinski. — Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

* * *

Zu den deutschen Maßnahmen in Kiew heißt es in der „Dtsch. Tageszitg.": Die ganze Arbeit und das ganze Auftreten des Generalfeldmarschalls von Eichhorn zeigt, daß man von politischer und militärischer deutscher Seite entschlossen ist, durchzugreifen, um dem deutschen Volke das zu sichern, was ihm vertragsmäßig zusteht. Die feste Haltung gibt uns die Gewähr, daß in Kürze Zustände geschaffen werden, die zu einer Beunruhigung keinerlei Anlaß geben können.

Die „Berl. Volksztg." meint: Deutschland befindet sich in einer Zwangslage. Wir müssen aus der Ukraine Brotgetreide erhalten, falls die Brotration nicht herabgesetzt werden soll. Es bleibt uns keine andere Wahl, als energisch durchzugreifen und uns feindliche Störungen, wenn nötig, mit Gewalt niederzuhalten. **Wir haben die Ukraine nicht darum von Mordbrennern gesäubert, damit dort ein Intrigenherd gegen unsere Interessen entsteht.**

Der Führer der finnischen Roten Garde gefangen.

Stockholm, 1. Mai. Wie „Aftonbladet" aus Abo erfährt, geriet der Chef der Roten Gardisten Kullervo Manner bei der Einnahme von Wiborg in Gefangenschaft.

Entwaffnung der Anarchisten in Petersburg.

Moskau, 28. April. (Reuter.) Die Entwaffnung der Anarchisten in Petersburg ist gestern abend ohne Widerstand erfolgt.

(Durch diese Nachricht werden verschiedene Gerüchte der letzten Tage über eine Gegenbewegung gegen die Sowjetregierung bestätigt. Nun scheint die Regierung dieser Bewegung Herr geworden zu sein. Ob andererseits auch eine monarchistische Gegenrevolution im Aufkeimen ist, worüber englische Blätter ausführliche Meldungen brachten, ist noch nicht bestätigt.)

Neue Verträge mit Petersburg?

Genf, 1. Mai. Im Pariser Auswärtigen Amt erwartet man auf Grund der jüngsten diplomatischen Petersburger Berichte eine neue Vereinbarung der Mittelmächte mit der Sowjetregierung als Anhang zum Brest-Litowsker Vertrag. Dieser Anhang dürfte, da die großrussische Kriegspartei in Petersburg ohne Einfluß ist, zum Abschluß kommen.

Die Ententediplomatie sei derzeit, wie Pichons Organe bedauernd versichern, lahmgelegt. Man beklagt insbesondere das Fehlschlagen der Kadettenpläne, deren Grundlage eine Verschwörung eines Teiles der Kriegsmarine zugunsten eines neuen Diktators gewesen wäre.

Der Krieg mit Amerika.

Amerikanische Flieger auf Hospitalschiffen.

Berlin, 1. Mai. Die amerikanischen Flieger kommen als Mitglieder des amerikanischen Roten Kreuzes auf Hospitalschiffen nach Europa. Dieser Mißbrauch des Roten Kreuzes geht aktenmäßig aus Dokumenten hervor, die abgeschossenen amerikanischen Fliegern abgenommen wurden. Ein im Raume der Armee des Generals Hutier heruntergeschossener Amerikaner hatte einen Paß bei sich, in dem er als Mitglied des American Ambulance Service for France bezeichnet ist. Die Gefangenen gaben unumwunden zu, daß es allgemein üblich sei, daß die Flieger für die Ueberfahrt in den amerikanischen Ambulanzdienst eintreten und auf Hospitalschiffen herüberkommen. Nach der Landung in Frankreich treten sie dann sofort in das Automobilkorps und von diesem zur Fliegertruppe über. Ein gefangener Flieger war direkt vom Ambulanzdienste in das Fliegerkorps eingetreten, ein anderer trug ein Attest bei sich, worin die Taten der verschiedenen Uebertritte amtlich bestätigt waren.

Deutschen-Verfolgung in Amerika.

San Francisco, 1. Mai. Die Deutschen, Generalkonsul Bopp und v. Schach wurden jeder zu der Höchststrafe von 2 Jahren Zuchthaus und 10 000 Dollar Geldstrafe verurteilt wegen Verletzung der Neutralität der Vereinigten Staaten durch Geheimbündelei zwecks Anstiftung einer Verschwörung in Indien. Der frühere deutsche Militärattachee v. Brincken wurde zu 2 Jahren Gefängnis, der Agent des Norddeutschen Lloyds Capelle zu 15 Monaten Gefängnis, die anderen Angeklagten zu geringeren Strafen verurteilt.

Der Krieg gegen Italien

Abgedankte Generale.

Lugano, 1. Mai. In der italienischen Kammer wurde mitgeteilt, daß bisher 216 Generäle ihren Abschied erhalten hätten.

Die Neutralen

Beilegung des deutsch-holländischen Konfliktes?

Rotterdam, 1. Mai. Wie der „N. Rotterd. Cour." erfährt, sind die Verhandlungen mit Deutschland, die in der letzten Woche zu einer eigenartigen Spannung geführt hatten, soweit vorgeschritten, daß für beide Parteien eine befriedigende Regelung erzielt wurde und eine amtliche Mitteilung darüber in sehr kurzer Zeit erwartet werden kann.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Was plant die Regierung nach Ablehnung der Wahlrechtsvorlage?

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns mitgeteilt: Zu einer Auflösung des Hauses der Abgeordneten wird es nicht kommen. Man rechnet bestimmt mit einer Ablehnung der Regierungsvorlage und glaubt sicher zu sein, daß sich diese Mehrheit mit 30 Stimmen ergeben wird. Und obwohl alle Parteien dieses Glaubens sind, hat es den Anschein, als ob die Regierung immer noch in der Hoffnung lebt, zu siegen. Aber sie scheint sich doch schon mit der Tatsache abgefunden zu haben, daß sie von einer Auflösung des Abgeordnetenhauses absehen muß. Man spricht davon, daß die Regierung in der ersten Ueberraschung schweigen, dann aber die Vorlage zurückziehen werde, um in Verhandlungen mit den einzelnen Parteien einzutreten. Möglich ist es aber auch, daß die Vorlage ans Herrenhaus weiter gegeben wird und für die dritte Abstimmung dadurch eine Mehrheit gesucht wird, daß die Regierung Konzessionen macht. Freilich weiß man nicht wie die Regierung den Boden der Verständigung finden will, wenn sie selbst dem Vermittlungsvorschlag Lohmann ein „Unannehmbar" entgegensetzt. Es hat sich eine schwierige Situation für die Regierung herausgebildet, die man aber nicht dahin deutet, daß sie zum Rücktritt des Ministerpräsidenten führen kann. Obwohl man nämlich mit der Ablehnung der Wahlrechtsvorlage als einer Tatsache rechnet, denkt niemand daran, daß sie den Sturz Hertlings mit sich führe.

Austritt Kardorffs aus der freikonservativen Fraktion.

Berlin, 1. Mai. Der Landtagsabgeordnete von Kardorff ist heute aus der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses ausgetreten.

(Ueber die naheliegenden Gründe des Austritts Kardorffs ist Näheres in dem Artikel unseres Berliner Vertreters in der Beilage gesagt.)

Rücktritt des Grafen Keyserlingk.

Berlin, 1. Mai. Der frühere Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium Graf Keyserlingk, der bis jetzt als Kommissar des Reichskanzlers für das besetzte Ostgebiet, besonders für das Baltikum und für Litauen tätig war, ist von dieser Stellung zurückgetreten. Ueber die Gründe verlautet im

verschiedenen Blättern, daß die unklare Abgrenzung des Arbeitsgebietes den Grafen zu diesem Beschlusse veranlaßt habe.

Maifeier der russischen Botschaft in Berlin.

Die diesjährige Maifeier ist in Berlin nur an einer Stelle begangen worden, und zwar hat der neue Vertreter der russischen Volksrepublik, Herr Joffe, angeordnet, daß in der russischen Botschaft der 1. Mai als strenger Feiertag behandelt wird. So ruhte denn am Mittwoch in der Botschaft die Arbeit vollkommen, nicht einmal Besucher wurden vorgelassen. Auf dem Dach der Botschaft wehte zu Ehren des 1. Mai die rote Fahne der russischen revolutionären Regierung.

Vor dem Abschluß des Friedens mit Rumänien.

Der türkische Minister des Aeußern Ahmed Wessimi begibt sich zum Abschlusse des Friedensvertrages mit Rumänien heute abend nach Bukarest.

Der bulgarische Finanzminister Toutschew reiste heute nach Bukarest ab.

Vom Auslande

Deutschböhmen gegen Dr. von Seidler.

Dem „Neuen Wiener Tagblatt" zufolge nahm eine gestern in Lobositz abgehaltene Vollversammlung des deutschen Volksrates für Böhmen eine Entschließung an, wonach der sofortige Rücktritt des Ministerpräsidenten von Seidler und vollständige Abkehr von seinem System verlangt wird. Den deutschen Abgeordneten wird bis zur Erfüllung dieser Forderung rücksichtslose Opposition empfohlen. In einer weiteren Entschließung werden die von Dr. Titta zur Gründung einer deutschen Gemeinschaft unternommenen Schritte gebilligt, da nur hierdurch eine Gesundung der deutschen Politik zu erwarten sei.

Holländische Schikanen.

Bei den verschiedenartigsten Nachrichten über die deutsch-holländischen Wirtschaftsverhandlungen, die uns bisher kein klares Bild zu geben vermochten über die wahre Lage, ist es doch wohl angebracht, etwas die Rechtsverletzungen und Schikanen, die Holland uns gegenüber sich herausnehmen zu dürfen glaubte, zu beleuchten. Andererseits muß es dann auch klar werden, welches Uebermaß von Nachgiebigkeit und Geduld Deutschland — leider — an den Tag gelegt hat. Die Entente diktiert und Holland gehorcht. Dem deutschen Michel will man durch arrogantes Auftreten imponieren, ja man fing schon an — horribile dictu — mit dem Säbel zu rasseln. Wenn irgendwo, dann war es hier Pflicht der deutschen Regierung, energisch mit der Faust auf den Tisch zu klopfen, daß dem kleinen Holländer der Säbel aus der Hand gefallen wäre. Die holländische Presse — ganz zu schweigen von den im Entente-Solde stehenden Blättern — zeigt auch gar keine Neigung, dem deutschen Standpunkte bei den Wirtschaftsverhandlungen nur irgendwie gerecht zu werden. Nur das Haager „Vaderland" ermahnte kürzlich die holländische Regierung, mit großer Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß deutscherseits keine begründeten Klagen gegen Holland ausgespielt werden könnten. Also scheint man dort doch kein ganz reines Gewissen zu haben. Zur Illustrierung der „begründeten Klagen" geben wir folgende, im Grunde hollandfreundlich abgefaßte Haager Drahtung der „Frankf. Ztg." wieder:

„Als ein Zeichen des guten Willens der Niederlande ist es zu betrachten, daß sofort die Mißstände bei Behandlung der Reisenden an der Grenze abgestellt wurden. Eine Verfügung des Finanzministers ordnete an, daß gebrauchte Güter der Reisenden oder solche Sachen, die sie am Leibe tragen, nicht mehr konfisziert werden dürfen und daß die bereits weggenommenen Sachen entweder zurückgegeben werden oder ihr Wert bezahlt wird. Auch den Beschwerden hinsichtlich der Rheinschiffahrt ist bereits entsprochen worden. Die Schiffe waren in zahlreichen Fällen gezwungen worden, an der Grenze zur Durchsuchung ihre Frachten zu löschen, was eine Verzögerung von 12 bis 30 Tagen in manchen Fällen und große Kosten verursachte. Von nun an soll bei der Ladung der Schiffe direkt ein niederländischer Beamter zugegen sein, damit Weiterungen bei der Grenzuntersuchung ein für allemal wegfallen."

Einen anderen Fall bringt der „Hamb. Korr." bei:

„Uns ist der Fall einer großen Hamburger Firma bekannt geworden, die trotz mehr als sechs Monate lang dauernder Bemühungen nicht die Erlaubnis der holländischen Regierung zur Ausfuhr einer Ware hat erhalten können, die als Eigentum der Firma in Holland liegt, in Holland in keiner Form verwertbar und in der langen Liegezeit einer starken Wertverminderung ausgesetzt ist. Weder Vorstellungen bei der Niverheids Commisse und bei der Exportzentrale im Haag, noch die Verwendungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Gesandtschaften im Haag haben gefruchtet. Der letzte Bescheid an die Firma lautete: die Angelegenheit werde bei den allgemeinen Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland geregelt werden!"

Das ist zweifellos, so bemerkt mit Recht das Hamburger Blatt, eine Auffassung, mit der sich weder die benachteiligte Firma, noch auch unser Auswärtiges Amt wird einverstanden erklären können. Privat-Einzelforderungen aus der Vergangenheit gehören unter keinen Umständen in die allgemeinen Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen für die Zukunft hinein. Sie würden das Zustandekommen der wünschenswerten Vereinbarungen überdies auch nur in unzuträglicher Weise belasten und Verzögerungen herbeiführen.

Kann man in Anbetracht solcher Umstände denn noch ernstlich von einem guten Willen Hollands sprechen? Ein Umstand darf allerdings nicht unberücksichtigt bleiben, der aber keineswegs etwa zur Rechtfertigung der holländischen Ungehörigkeiten dienen kann. In unserer gestrigen Ausgabe konnten wir eine Meldung bringen, daß der Druck der Entente in Holland immer stärker werde. Da liegt der Hase im Pfeffer: Holland hat Furcht vor England. Die Londoner „Times" verstieg sich dieser Tage schon zu der Drohung, daß die Entente die holländischen Kolonien besetzen werde, wenn es sich Deutschland gefügig zeige. Wir erkennen vollständig die schwierige Lage der kleinen neutralen Staaten — besonders Hollands — an. Aber wir müssen es uns doch entschieden verbitten, daß die holländische Regierung nach der einen Seite hin große Konzessionen macht und nach der anderen Seite hin wegen berechtigter kleiner Forderungen Skandal macht.

Aus Stadt und Umgebung

Zu einer Besprechung über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen

hatte der stellv. Landrat Regierungsassessor von Grone die Gemeinde-, Amts- und Gutsvorsteher des Kreises für heute vormittag 11 Uhr nach Rüttes Gasthaus geladen. Dem Rufe war zahlreich Folge geleistet worden. Assessor von Grone erläuterte zunächst die im Gange befindliche Ernteflächen-Erhebung. Die besonders genaue Feststellung bezw. Angabe in den Listen wird schon deswegen zur Pflicht gemacht, weil sich nach dem Ergebnis der Erhebung die ganze Ablieferungsverpflichtung des Kreises richtet. Durch die gewissenhafte Erhebung sollen auch die zum Teil erheblichen vorjährigen Differenzen zwischen der Angabe und der tatsächlichen Ernte vermieden werden. An die Erläuterungen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, in der die noch vorhandenen Zweifel durch Assessor von Grone und die Leiter der Kreiskornstelle eingehend aufgeklärt wurden. Im übrigen werden in den einzelnen Gemeinden obendrein noch Beamte des Landratsamtes für die nötige Aufklärung sorgen, so daß also wohl mit einer fehlerfreien Erhebung in unserem Kreise zu rechnen sein dürfte.

Dem Landratsamt ist zur Kenntnis gekommen, daß in einzelnen Gemeinden Mißstimmung über die Zusammenlegung der Bezugsscheinstellen herrscht, hauptsächlich deswegen, weil angenommen wird, daß den Magistraten damit das Aufsichtsrecht über die Gemeindevorsteher verliehen wird. Assessor von Grone bezeichnete diese Annahme als einen Irrtum. Den Magistraten stehen keinerlei Aufsichtsrechte zu, sondern sie gelten in dieser Beziehung nur als mitarbeitende Organe des Kreises. Die Zusammenlegung der Bezugsscheinstellen ist auf Anordnung des Regierungspräsidenten erfolgt und wird sicherlich mancherlei Vorteile für die Einwohnerschaft im Gefolge haben.

Zur Sprache kam weiter die Landarbeiterfrage bezw. die diesbezügliche Verfügung des General-Kommandos, die bekanntlich bezweckt, der Landwirtschaft nach Möglichkeit die erforderlichen Arbeitskräfte zu sichern. Assessor von Grone erklärte, daß die Verordnung strikte durchgeführt werden sollte und daß er sich dieserhalb auch mit den Nachbarkreisen in Verbindung setzen werde. Wünschenswert sei, daß jeder bekannt werdende Fall der Abwanderung und der Verstoßung gegen die Verfügung des General-Kommandos unverzüglich dem Landratsamt angezeigt werde. Von einer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter einfach von der Landwirtschaft abgewandert und ohne weitere Ermittelungen bei der Eisenbahn angestellt worden seien.

Hinsichtlich der Ablieferung von Heu und Stroh empfahl Assessor von Grone wiederholt, den Verpflichtungen, die in erster Linie den Interessen der Heeresverpflegung dienen, nachzukommen und die Schwierigkeiten mit Rücksicht darauf in Kauf zu nehmen. Es wird demnächst eine Verfügung erscheinen, wonach von der neuen Ernte auf alle Fälle pro Morgen 1 Zentner Heu für Heereszwecke sichergestellt und in diesem Sinne auch die Ausfuhr geregelt werden soll. Im vergangenen Jahre kamen auf den Morgen etwa 0,62 Zentner.

Aus der Versammlung heraus wurde die ungerechte Verteilung bei der Viehabnahme gerügt und gewünscht, daß viehreiche Kreise doch stärker herangezogen werden möchten. Assessor von Grone erkannte die Berechtigung dieses Wunsches an und meinte, daß wiederholte Vorstellungen nach dieser Richtung hin leider ohne Erfolg geblieben seien. Wenn der Kreis seinen Abgabeverpflichtungen jetzt nachgekommen sei, solle das abzuliefernde Quantum in den nächsten Monaten auf 88 bezw. 45 Proz. herabgesetzt werden. Diese Mitteilung wurde mit Genugtuung aufgenommen.

Die diesjährige Frühjahrs-Vertreterversammlung des Kreis-Kriegerverbandes

findet am Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 2½ Uhr im Saale des Gasthauses zur Grünen Linde statt. Die vorausgehende Sitzung des Vorstandes beginn an demselben Tage um 2 Uhr in demselben Gasthause, in dem neben dem Saale belegenen Vereinszimmer. Tagesordnung: 1. Feststellung der Anwesenheitslisste. 2. Verlesung die Niederschrift über die Vertreterversammlung vom 25. Juni 1917. 3. Vorstandswahlen. 4. Kassenbericht für 1916 und 1917. 5. Bericht über die Vertretertage 1917 und 1918 des Kriegerverbandes des Regierungsbezirks Merseburgs. 6. Wahl eines Vertreters für den außerordentlichen Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes und des Preußischen Landes-Kriegerverbandes für den 19. und 20. Mai 1918. 7. Wahl einer Krieger-Fürsorge-Kommission. 8. Wahl einer Werbekommission. 9. Kleinere Vorlagen: a) Ergebnis des Fechtwesens, b) Altpapiersammlung, c) Ort der nächsten Vertreterversammlung, d) Wünsche aus der Versammlung.

Schuhwerk mit Chromledersohlen.

Wer, ohne daß er zwei Paar getragene Schuhe abgibt, einen Schuhbedarfsschein ausgefertigt haben will, muß die schriftliche Versicherung abgeben, daß er nicht mehr als ein Paar gebrauchsfähige Schuhe oder Stiefel besitzt, deren Sohle mindestens im Gelenk oder an der Vorderfläche ganz aus Leder besteht. Dabei sind nun Zweifel aufgetaucht, ob auch Hausschuhe oder Turnschuhe mit Chromledersohle dazu gerechnet werden sollen. Wie die Reichsstelle für Schuhversorgung erläuternd bekannt gibt, ist derartiges Schuhwerk nicht mitzuzählen. In Betracht kommt nur Schuhwerk, das sich zum Straßengebrauch eignet. Dagegen sind auch Haus- und Turnschuhe mit Chromledersohle im Verkehr bedarfsscheinpflichtig. Die Vorschrift, daß jeder innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten nur auf einen Schuhbedarfsschein Anspruch hat (sofern er nicht mindestens zwei Paar getragene Schuhe oder Stiefel abgibt), soll sich aber nicht auf Bedarfsscheine erstrecken, die ausdrücklich für Haus- und Turnschuhe mit Chromledersohle ausgestellt sind. Es kann also jemand innerhalb eines Jahres außer einem auf ein Paar ausgestellter Bedarfsschein für Schuhwerk mit Ledersohle auch noch einen Bedarfsschein erhalten, der auf ein Paar Haus- oder Turnschuhe mit Chromledersohle lautet. Mit dieser Ausführungsbestimmung zu der Bekanntmachung über Schuhbedarfsscheine vom 27. März 1918 kommt die Reichsstelle für Schuhversorgung sicherlich weit verbreiteten Wünschen der Bevölkerung entgegen.

Zur Beschaffung getragener Anzüge für Arbeiter.

Die durch die Presse verbreitete Nachricht, daß die Reichsbekleidungsstelle die Sammlung von einer Million getragener Anzüge für die Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben auf unbestimmte Zeit verschoben habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die ihnen außerlegten Mengen von getragenen Anzügen unverzüglich zu beschaffen.

Ein Lehrgang für Vormundschaft und Waisenpflege

findet seitens des Kinderrettungs-Vereins Berlin vom 23. bis einschl. 25. Mai in Halle a. S. (Universität) statt. Hierzu werden die evangelischen Frauen der Provinz herzlich eingeladen. Es werden folgende Vorträge gehalten: Donnerstag, 23. Mai, 9—10 Uhr „Die Mitwirkung der Frau am evangelischen Gemeindeleben" (Generalsuperintendent D. Schöttler), 10 bis 11 Uhr „Die Familie im Recht" (Prof. Dr. Joerges), 11—12 Uhr „Christliche Erziehung" a) Erziehungsziel (Geheimrat Prof. D. Eger), 12—1 Uhr „Wie gewinnen wir Einfluß auf die schulentlassenen Mädchen" (Frau Toni Molter); Freitag, 24. Mai, 9—10 Uhr „Vormund und Pfleger im Recht" (Prof. D. Joerges), 10 bis 11 Uhr „Christliche Erziehung" b) Kinderseelenkunde (Geheimrat Prof. D. Eger), 11—12 Uhr „Der evangelisch-kirchliche Jugendrat" (Pastor Klaer), 12—1 Uhr „Unsere Kinder, unsere Zukunft" (Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Abderhalden); Sonnabend, 25. Mai, 9—10 Uhr „Das Kind im Recht" (Prof. Dr. Joerges), 10—11 Uhr „Christliche Erziehung" c) Erziehungsaufgaben und -mittel (Geheimrat Prof. D. Eger), 11—12 Uhr „Erfahrungen aus dem Verkehr mit Behörden" (Fräulein H. von Gierke), 12—1 Uhr „Unsere Kinder, unsere Zukunft" (Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Abderhalden.)

Die Saale

ist infolge der aus Teilen Thüringens gemeldeten Unwetter auch in ihrem hiesigen Laufe nicht unbeträchtlich gestiegen und führt gelbschmutzige Wassermassen.

Tivoli-Theater.

Am Sonntag wird der wirkungsvolle Schwank „Herrschaftlicher Diener gesucht" von Eugen Burg und L. Taufstein gegeben. Der Dichter hat es verstanden, in seiner Situationskomik alles dagewesene zu übertreffen. Am Donnerstag, den 9. Mai, geht als Eröffnungsvorstellung der Sommersaison „Die blonden Mädels vom Lindenhof" in Szene. Dieses Lustspiel ist das erfolgreichste der Gegenwart und wird seit einem Jahre täglich am Berliner Lustspielhause gegeben. Als 1. Operette folgt „Die Landstreicher" von Ziehrer.

Die Ausgabe von Landeiern

auf Abschnitt E der Eierkarte wird jetzt in den Butterstellen 9 bis einschl. 14 fortgesetzt. Auf den Kopf werden 2 Eier zugeteilt.

Einbrecher

haben vergangene Nacht den Grundstücken Christianenstraße 7 und 14 Besuche abgestattet. In dem einen Falle gelangten sie in den Keller, und im anderen Falle durch Zerschneiden des Drahtfensters gleichfalls in einen Parterreraum. Bei der gründlichen Durchsuchung der Räume müssen die Einbrecher aber gestört worden sein, denn es fehlt nichts.

Ueberführungen von Leichen Gefallener vom westlichen Kriegsschauplatz

werden nach einer Bekanntmachung des Generalkommandos in der vorliegenden Nummer widerruflich bis 31. Mai gestattet.

Eine neue Schornsteinfeger-Gebührenordnung

für die Kehrbezirke Lauchstedt, Lützen und Schkeuditz ist in Kraft getreten. Der neue Tarif wird im Anzeigenteile der vorliegenden Nummer veröffentlicht.

Der Evangelische Arbeiterverein Halle

besucht am kommenden Sonntag den hiesigen Brudervereinn und vereinigt sich mit ihm zu einem geselligen Beisammensein (Theater, Vorträge und Gesänge) in der „Funkenburg".

Bei einem Diebstahl mittels Einsteigens

wurden gestern nacht im Hause Klosterstraße 5 Wurst, etwas Schinken, Fett, Mehl und sonstige Lebensmittel sowie ein Anzug entwendet. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Mit der Ablieferung der Oberkleidung

wird am 3. Mai begonnen, worauf nochmals mit der Aufforderung hingewiesen sei, den Altkleiderstellen möglichst viele Kleidungsstücke zuzuführen.

Heldentod.

? Meuschau, 2. Mai. An den Folgen einer schweren Verwundung starb in einem Feldlazarett des Westens der 21jährige Infanterist Paul Trillhaase von hier. Ehre seinem Andenken.

Gesperrter Weg.

? Dölkau, 2. Mai. Wegen Reparatur einer Brücke ist der Kommunikationsweg Dölkau-Oberthau-Raßnitz vom 13. Mai ab auf 14 Tage gesperrt.

Aus dem Kreise Merseburg und den Nachbarkreisen.

Auszeichnung. — Für die Verwundeten.

? Mücheln, 2. Mai. Frau Postvorsteher Zügler erhielt in Anerkennung ihrer Verdienste um die Verwundeten- und Wohlfahrtspflege die vom Mobilmachungsausschuß in Merseburg gestiftete Rabenmedaille. — Aus einer Wohltätigkeitsveranstaltung konnte der dramatische Klub „Enterpia" 110 Mk. zu Gunsten der Verwundeten abliefern.

Die Opfer des Krieges.

? Trumpa, 2. Mai. Von den 150 zum Heeresdienst eingezogenen hiesigen Einwohnern haben 26 den Heldentod erlitten, davon ist ein Krieger auf dem hiesigen Friedhofe beigesetzt. Das Eiserne Kreuz tragen 16 hiesige Kriegsteilnehmer.

? Querfurt, 2. Mai. Für den hiesigen Kreis werden diese Woche 175 Gramm Fleisch für Erwachsene und 78½ Gramm für Kinderzugeteilt.

Auszeichnung.

Lützen, 2. Mai. Der Vizefeldwebel Theodor Rosenburg im Inf.-Regt. 116 erhielt für hervorragende Tapferkeit in den Kämpfen um Ypern das Eiserne Kreuz 1. Klasse.

Aus Provinz und Reich

Festesfrohe Kriegsgefangene.

Zerbst, 2. Mai. Schon seit einiger Zeit war es der Polizei aufgefallen, daß in einem Gasthaus in der Güterglücker Straße Kriegsgefangene sich einer Weise breit machten, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen als geradezu anstößig bei den Anwohnern erscheinen mußte. Das Lokal wurde daraufhin genauer beobachtet und in einer der letzten Nächte erfolgte dann die Aushebung des Nestes. Hinter der verschlossenen Türen, so berichtet die „Extrapost", ließen es sich die Gefangenen wohl sein; bei Bier und Wein wurde Lebeschön gemacht und „deutsche Mädchen" halfen den Herren Gefangenen die Langeweile angenehm vertreiben. Natürlich waren die Herren Gegner sehr unangenehm überrascht von der neuen „Barbarei" der deutschen Polizei, die dafür sorgte, daß die Gefangenen dahin befördert wurden, wo es ihnen fürs erste nicht möglich sein wird, festliche Gelage zu veranstalten. Den „deutschen" Mädchen, die anscheinend keinen Sinn für das Schmähliche ihrer Handlungsweise haben, wird noch Gelegenheit gegeben werden, über das Unwürdige ihrer Handlungsweise nachzudenken. Für den Inhaber des Lokals, der als k. v. reklamiert ist und in der Kriegsindustrie gut verdient, wird die Angelegenheit noch besonders unangenehme Folgen haben.

Letzte Depeschen

Die bisherige ukrainische Regierung gestürzt.

Berlin, 2. Mai. In der Ukraine sind die alte Rada und die bisherige Regierung von in Kiew eingetroffenen Bauerndeputierten gestürzt worden. Die neue Regierung hat sofort erklärt, sich auf den Boden des Brest-Litowsker Friedens zu stellen. Wie weiter berichtet wird, sind die in Kiew verhaftet gewesenen Personen aus der Haft entlassen worden. Die Verhaftung hängt übrigens nicht mit der Staatsumwälzung in der Ukraine zusammen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180503-12/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Neue Gebührenordnung für die Schornsteinfegermeister der Kehrbezirke Lauchstedt, Lützen und Schkeuditz.

Nachstehend bringe ich die mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getretene neue Gebührenordnung für die Schornsteinfegermeister der Kehrbezirke Lauchstedt, Lützen und Schkeuditz zur Kenntnis der Kreis-Eingesessenen.

Gebühren-Ordnung

für die Tätigkeit der Schornsteinfegermeister in den Bezirken Lauchstedt, Lützen und Schkeuditz, Kreis Merseburg, gültig vom 1. Januar 1918 ab.

Für das Fegen eines besteigbaren oder russischen Schornsteins betragen die Gebühren

in einem einstöckigen Hause . . .	20 Pfg.
„ „ zwei- „ „ . . .	25 „
„ „ drei- „ „ . . .	30 „
„ „ mehr- „ „ . . .	35 „

Für Schornsteine der Bäckereien, Brauereien, Brennereien, Schmieden und Zentralheizungen dieser oder ähnlicher Gewerbebetriebe erhöhen sich diese Gebühren auf 30, 40, 50 bezw. 60 Pfg.

Unausgebaute oder zu Wohnzwecken nicht hergerichtete Keller oder Dachgeschosse gelten nicht als Stockwerke.

Die Leitern zur Reinigung sind vom Hausbesitzer zu stellen.

Für das Ausbrennen eines russischen Schornsteins betragen die Gebühren

in einem einstöckigen Hause . . .	75 Pfg.
„ „ zwei- „ „ . . .	1.— Mk.
„ „ drei- u. mehrst. „ . . .	1.50 „

Das Material zum Ausbrennen wird besonders berechnet und ist vom Hausbesitzer zu vergüten.

Wenn Schornsteinfegermeister zu den polizeilichen Feuerstellen-Revisionen zugezogen werden, so steht ihnen für diese Tätigkeit eine Gebühr von 3.— Mk. für den Arbeitstag zahlbar aus der Gemeinde- bezw. Amtskasse zu.

Merseburg, den 26. April 1918.

Der Königliche Landrat.
J. V.: v. Grone.

Bekanntmachung.

Im Hinblick auf die zahlreichen Wünsche von Angehörigen der Gefallenen werden Rückführungen von Leichen vom westlichen Kriegsschauplatz — soweit es die Betriebslage und die Kampfverhältnisse zulassen — widerruflich bis 31. Mai 1918 gestattet. Im allgemeinen werden Rückführungen aus den vorderen Kampfgebieten leider nicht möglich sein. Für den Osten und Österreich-Ungarn verbleibt es bei der Bekanntmachung vom 19. 4. 1918. Am 1. Juni 1918 tritt dann die Sperre für den westlichen Kriegsschauplatz wieder in Kraft.

Magdeburg, den 1. Mai 1918.

Stellvertr. Generalkommando IV. Armeekorps.
Für den Chef des Stabes Kaufmann, Major d. Res.

Sammlung getragener Oberkleidung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Königlichen Landrats vom 22. April 1918 — J.-Nr. 7029 L — (veröffentlicht in Nr. 96 des Merseburger Tageblattes vom 25. April 1918) ist für die Stadt Merseburg und die zugeteilten Ortschaften aus den Amtsbezirken:

Frankleben, Spergau, Dürrenberg, Wallendorf, Meuschau, sowie für die Gemeinde- und Gutsbezirke Netzschkau, Bündorf, Knapendorf, Schkopau, Corbetha, Zscherneddel und Zöschen,

**als Annahmestelle
für getragene Männeroberkleidung
die amtliche Annahme- und Verkaufsstelle für getragene Bekleidung — Merseburg, Karlstraße 4 — Fernsprecher 591,**

bestimmt.

Die Annahme findet bis auf weiteres

am Freitag jeder Woche, vormittags von 9—12 Uhr,

statt.

Die Annahme erfolgt durch amtliche bestellte Schätzer nach dem vorgeschriebenen Schätzungsverfahren. Der Schätzungsbetrag wird sofort bei der Abnahme bar gezahlt. Für Oberkleidung, die innerhalb 3 Wochen, vom 25. April 1918 ab gerechnet, abgeliefert wird, wird außerdem ein besonderer Zuschlag von 10 % zum Schätzungswert gezahlt.

Die Ablieferung kann auch unentgeltlich erfolgen.

Die vorgeschriebene Empfangsbescheinigung wird sofort bei der Ablieferung erteilt.

Merseburg, den 26. April 1918.

M. 691/18. **Der Magistrat.**

Aufmerksame Bedienung. Mäßigste Preise.

Karl Tänzer

Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7

Spezialgeschäft
für

Leinen- und Baumwollwaren
Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche
Bettfedern und Betten.

Fernspr. 259.

Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Für die freundliche Teilnahme an dem Verluste unseres teuren Entschlafenen, des im Kriege gefallenen

Landsturmmanns

Artur Vater,

sagen herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen

Merseburg, den 2. Mai 1918.

Merseburger Windelsammlung.

Die große Stoff-Knappheit hat auch einen Mangel an

Säuglingswäsche, Windeln und dergleichen

herbeigeführt. Diese Wäsche läßt sich aber aus nahezu allen irgendwie vorhandenen

neuen und alten Wäschestücken, weißen sowohl wie bunten,

herstellen.

Darum sollen am

2., 3. und 4. Mai dieses Jahres

in Merseburg alte und neue Wäschestücke in den Häusern gesammelt werden. Die gesammelte Wäsche wird der Merseburger Alte Kleider-Verwertungsstelle zugeführt und von dieser den Merseburger Bürgern und ihren Säuglingen zugänglich gemacht werden.

Darum Merseburger Hausfrauen! Prüft Euere Wäschebestände und gebt alles Entbehrliche für unseren jungen Nachwuchs her.

Die Stücke werden durch Beauftragte, die mit Ausweis versehen sind, in den Häusern gesammelt werden.

Kammer-Lichtspiele!!

Kleine Ritterstraße 5. Fernruf 529.

Nur noch heute Donnerstag:

Friedrich Werders Sendung!!
Ein Menschenschicksal
in selten fesselnder und ergreifender Art in vier Akten.

Hierzu das vorzügliche prächtige Bei-Programm.

Ab Freitag bis Montag:

**Die siegende Sonne
oder:
„Schwarze Gasse!!“**
Grosser Kulturfilm zur Aufklärung und Bekämpfung der Tuberkulose.

Verbrennungs-Särge
aus Metall und Holz, sowie
grosses Lager eichener und kieferner Pfostensärge.

Metall-Särge

Sarg-Magazin von **O. Scholz Ww.**
Merseburg.

Gotthardtstr. 34. Telephon 458. Gotthardtstr. 34.

Friedrich Degen Nachfolger, Kornbrennerei
Nordhausen a. Harz liefert sofort gegen **Nachnahme:**

Nordhäuser Branntwein, weiß und gelb, in verschiedenen %-Stärken und Preislagen.
Echte reine Korns u. Korn-Verschnitte je nach Qualität.
Rum, echter Jamaica-Verschnitt und Façons.

Kognak, echte und Verschnitte.
Arrak, Verschnitt I und II.
Steinhäger, ff. Qualität I und II.
Klostertropfen, ff. Ware.
Man verlange neueste Preisliste. Privatverkehr ausgeschlossen.

Lieferung erfolgt in 12, 25—30, 50—60, 100—150, 200-250-Literfässern oder Literflaschen in Packungen von 6, 12, 13, 24-Literflaschen usw.

Bekanntmachung.

Wegen Reparatur einer Brücke wird der Kommunikationsweg „Dölkau-Oberthau-Raßnitz“ vom 13. Mai ab auf 14 Tage gesperrt. Wagenverkehr über Zweimen.

Dölkau, den 2. Mai 1918.

Der Gutsvorstand.

Freiwillige Auktion.

Sonnabend, den 4. Mai d. J., von vorm. 10 Uhr an, werde ich im Gasthof „Zum Thüringer Hof“, hier, folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar:

8 Stck. Obsterlettern, 50 Stck. Obsterkörbe, 2 Dezimalwag., 1 Tafelwage, 2 Paar Pferdegeschirre (fast neu), 3 Hundegeschirre, 1 Hundewagen, 1 Handwagen, 1 Bohr-Maschine, 1 Drehbank, 1 Schneidemaschine, 1 gr. Arbeitstisch, 1 Schreibpult (fast neu), 1 einfaches Pult, 1 Auto (Billouel-Zweisitzer), 1 Fahrrad-Automat, 1 Panorama, 1 Elektrisierapparat, 2 Spielautomaten mit Platten, passend für Gastwirte, 1 Scherzautomat, Christbaumständer, Billardfüße u. Billardplatte, Kleiderhalter, Konsols und viel anderes Wirtschaftsgerät und Handwerkszeug.

Die Gegenstände können von vorm. 9 Uhr an besichtigt werden.

Im Auftrage
Albert Franke, Auktionator.

Bei obiger Auktion werden noch folgende Gegenstände mit versteigert:

1 Marktwagen, 1 Reinigungsmaschine, 1 gr. Warenschrank, 1 Phänomobil (Zweisitzer), 1 Motorrad, 1 Uhrmacher-Drehbank mit Werkzeug, 1 Schreibmaschine (Edelmann) u. 1 Bohrmaschine, 1 Teigteilmaschine, gr. Backtrog u. Bäckereigerätschaften.

D. O.

Verreist
bis 26. Mai.
Dr. med. Wolf.

Feldwebel des Landsturm-Bataillons **sucht freundl. möbliertes Zimmer,** wenn möglich in der Nähe des Bahnhofs. Angeb. unt. **B. 10** a. d. Exp. d. Bl.

Guter Privatmittagstisch

gesucht. Angebote unter **A. 100** an die Exped. d. Bl.

In meinem Rüstungsbetriebe finden jederzeit

fleißige Arbeiter

für Erdarbeiten im Kalksteinbruch oder in der Kalkbrennerei dauernde, lohnende Arbeit. Kriegsverwendungsfähige (kv.) Leute kommen **nicht** in Betracht.

Otto Flemmig,
Freiburg a. Unstr. b. Naumburg.
Weißkalkwerk Anacker.

Ordentl. Bote

für Wegegehen, Einkassieren der Rechnungen u. Abliefern mit Handwagen sofort gesucht. Sehr gute Beschäftigung für Kriegsinvaliden. Angebote sind in der Geschäftsstelle dieser Zeitung abzugeben.

Fräuleins werden brieflich zur Ritterguts-Sekretärin ausgebildet. Lebensberuf! **Direktor Bruno Schmidt, Chemnitz 4, R 9,** Lindenstraße 1.

Ausgabe von Landeiern
auf Abschnitt 2 der Eierkarte.

Von Donnerstag, den 2. Mai 1918 ab, werden in den Butterstellen 9 bis einschl. 14,
Schulz, Weiße Mauer,
Kretzschmar, Neumarkt,
Näther Nachf., Markt,
Fa. Schanze, Inh. Nietzsch, Kl. Ritterstr.,
Konsumverein, a. d. Geisel,
Trommer, Unteraltenburg,
auf den Kopf der Bevölkerung 2 Eier zum Preise von 31 Pfennig für das Stück zugeteilt.

Merseburg, den 1. Mai 1918.

Das städt. Lebensmittelamt.
L.-A. II. 1[illegible]4/18.

Ev. Arbeiterverein, E. V.

Sonntag, den 5. Mai 1918, nachmittags und abends,

gemütl. Zusammensein

mit dem Bruderverein zu Halle in der „Funkenburg“.

Theater, Vorträge u. Gesänge.

Vormittags 10 Uhr: **Gottesdienst im Dom.**

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Tivoli-Theater
Merseburg.
Dir.: **Art. Deehant.**

Sonntag, den 5. Mai 1918, abends ½8 Uhr:
Novität! Novität!

Herrschaftlicher Diener gesucht.

Schwank in 3 Akten von Eugen Burg und L. Taufstein.

Gebrauchte u. neue Möbel

Sofas, Chaiselongue, Sessel, Bücher, Kleider, Küchen- und Wäscheschränke, Vertikows, Kommoden, Bettstellen, Stühle, alle Sorten Tische, Nacht- und Waschtische mit und ohne Marmor, Schreibtische und Schreib-Sekretäre, Spiegel, Wanduhren Büstenständer u. Nipptischchen, Nähmaschinen, Waschmaschinen Pianos, Mahagonibüffets, eiserne Bettstellen m. Auflagematr., neues hell. Schlafzim., 2 neue Küchen, ganze Einricht., vieles andere noch zu verkauf.

Bock, Naumburg a. S., Kleine Fischgasse 7.

Pferde zum Schlachten
kauft
Arthur Hoffmann
Roßschlächterei,
Obere Breitestr. 4 Tel. 7[illegible]1.

Schülerheim :: Wernigerode

bereitet vor z. Einj., Fähnr. und Abit. u. bietet zurückgebliebenen Schülern Gelegenheit, das Versäumte möglichst bald nachzuholen

---

Mir oder Mich?

Vorzüglich. Lehrbuch der deutschen Sprache M. 1,55 Nachn. fr. Verlag Schwarz & Co., Berlin 14

H. Schnee Nachfl.

Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren u. Tricotagen
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Spargel
täglich frisch geschnitten.
A. Trebst,
Blumenhandlung
Entenplan 3 Fernruf 475.

Verantwortliche Redaktion: Politik: L. Balz, Sport und Anzeigen: M. Hochheimer.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180503-12/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 103 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Freitag, den 3. Mai 1918.

Ruhe nach dem Sturm.

(Eigener Bericht unseres Berliner Vertreters.)

Berlin, 1. Mai.

Der letzte Apriltag brachte Regen und Sturm im Hause der Abgeordneten. Der 1. Mai zeigt ein anderes Gesicht, draußen kämpft die Sonne mit den Wolken und ein Mailüftlein weht. Drinnen im Abgeordnetenhaus ists just ebenso. Dort zeigt sich heute wohl dasselbe Bild: Fülle oben, Fülle unten, doch es geht, mit einigen Zwischenfällen, ruhiger zu. Die erregten Szenen von gestern klingen nur noch aus den Reden, man erinnert sich nur ungern ihrer, aber ganz vergessen möchte man sie nicht. Sie bilden vorzügliche Anknüpfungspunkte für die Polemik. Schon lange vor Beginn der heutigen Sitzung herrschte in den Räumen des Hauses reges Leben. Die Freikonservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen hielten Sitzungen ab. Zu Beschlüssen ist es nicht gekommen, aber es ergab sich, daß in allen drei Parteien die Spaltung bestehen bleibt. Man rechnet heute bestimmt damit, daß die Regierungsvorlage mit 30 Stimmen Mehrheit abgelehnt werden wird. Und man will es in den Reihen der Gegner des gleichen Wahlrechts ankommen lassen auf das Unannehmbar der Regierung und „ihre verfassungsmäßigen Mittel". Die Regierung indessen ist immer noch Optimist. Sie glaubt an die Mehrheit, glaubt, daß ihre Drohungen genützt haben. Doch schon der erste Redner mußte heute ihren Wahn zerstören. Dr. Lohmann sprach, der Vertreter der nationalliberalen Hälfte, die nicht das gleiche Wahlrecht will. Nicht ungeschickt versuchte er der Regierung Brücken zu schlagen. Wenn die Regierung gewollt hätte, hätte sie einen Uebergang gefunden aus dem Unannehmbar zur Verständigung. Lohmann deutete des Vizepräsidenten und des Kanzlers Ablehnung so, daß es nicht seinem Antrage gelten könnte. Er meinte, was werde der Regierung übrig bleiben als dann, wenn ein Paragraph abgelehnt wird, doch zu verhandeln. Wollte sie den Wahlkampf für den Umsturz. Er würde regieren unter dem gleichen Wahlrechte, er mit den Polen, vielleicht wären die Fortschrittlichen das Zünglein an der Wage und hätten z. B. in der Ostmarkenfrage die Entscheidung zu treffen. Das könnte ihnen doch nicht angenehm sein. Lohmann war davon überzeugt, daß er niemand bekehren werde, auch niemand aus seiner Partei. Die üble Lage der Nationalliberalen, die gleich bei den Freikonservativen und bei dem Zentrum sei, habe die Regierung verschuldet. Habe der König gewußt, wiederholte er die Anfrage Heydebrands, daß sich die Parteien aus eigenem Antriebe zusammengetan hätten, um ein besseres Wahlrecht zu schaffen, habe er von dem Fortgang der Verhandlungen Kenntnis gehabt? Vertrauensmänner der staatserhaltenden Parteien seien eifrig an der Arbeit gewesen und es wäre ein Wahlrecht geschaffen worden ohne innere Zersplitterung, ohne Kampf. Der König könne nichts davon gewußt haben, sonst hätte er nicht sein Wort verpfändet, sonst hätte er die Regierung nicht veranlaßt, diese Vorlage einzubringen. Die Antwort Friedbergs sei nicht klar gewesen.

Und Dr. Drews, dem Schöpfer der Vorlage, war die Aufgabe geworden, Lohmanns gute Wirkung abzuschwächen. Er hat es nicht vermocht. Die bekannten Gründe, die er schon wiederholt für den Standpunkt der Regierung geltend machte, führte er auch heute an. Aus seiner Rede ist nur bemerkenswert, daß er auch namens der Regierung dem mildernden Antrag Lohmann, der die Verständigung möglich machen sollte, das „Unannehmbar", entgegenschmetterte. Die Rede ließ kalt. Herr Hoffmann spendete wiederholt Beifall. Dann und wann wurde ein Protest aus den Reihen der Konservativen oder der Nationalliberalen laut. Dr. Drews hatte einen schlechten Tag und einen schlechten Abgang. Ein kleiner Zwischenfall brachte ihn aus der Fassung. Irgend eine Stimme von rechts mischte sich ein. Man sah die Unruhe, sah, wie der Minister gar nicht ministeriell mit den Händen herumfuchtelte und hörte, wie er sich etwas verbat. Das Schlußwort war kurz abgehackt.

Das Haus flüchtet. Zuerst weiß man nicht weswegen, da sieht man es: weil Dr. Pachnicke sich auf das Katheder legt. Es wird eine lange Reden werden. In kurzer Zeit ist die ganze rechte Seite leer, die Mitte nur schwach besetzt und nur Hoffmann, Hirsch-Berlin und ihre Getreuen halten neben den Fortschrittlern stand. Was Pachnicke sagt? Man weiß es! Neues läßt sich ja nicht mehr zur Wahlvorlage sagen. Es sind Wiederholungen bei ihm und bei allen. Nach seiner Rede löst sich auch das Rätsel, weshalb Minister Dr. Drews so erbittert geschlossen. Herr von Heydebrand machte Mitteilung, daß ein Zwischenruf vom Minister falsch aufgefaßt worden sei. Man wollte ihm nicht Feigheit vorwerfen, sondern der Zwischenruf sollte bestätigen, daß die Konservativen sich auch nicht vor einem radikaleren Wahlrecht, das der Minister in Aussicht gestellt hatte, fürchteten. Und weiter blieb das Haus leer. Selbst am Ministertisch gab es Lücken. Die Korridore aber waren gefüllt. Dort wurde Politik gemacht. Vor allem wurde der Austritt Kardorffs aus der Freikonservativen Partei besprochen. Kardorff ist einer der Wenigen aus den Reihen der Freikonservativen, der für die Regierungsvorlage eintritt. Sein Bruch mit seiner Fraktion wird jedenfalls eine Erklärung in der Rede finden, die er zu halten gedenkt. Morgen erst wird die Entscheidung fallen.

• • •

Zur Lage im Abgeordnetenhaus,

schreibt die „Voss. Ztg.": Zwar ist noch eine ganze Reihe von Rednern zur Generalbebatte über die Verfassungsfragen gemeldet. Trotzdem nimmt man an, daß die entscheidende Abstimmung noch heute erfolgen werde. Auf der linken Seite rechnet man sehr stark mit einem negativen Ergebnis auch in der dritten Lesung und bereitet sich schon für die Auflösung vor. Es liegt bereits ein Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei an die Organisation im Lande vor. Die gesamte nationalliberale Landtagsfraktion, sowohl die Anhänger als auch die Feinde des gleichen Wahlrechts haben einen Antrag eingebracht, demzufolge eine Reihe weiterer Wahlkreise, zumal des Ostens, zusammengelegt und in ihnen die Verhältniswahl eingeführt werden soll.

In der „Germani" heißt es: Auch wenn sich heute das Meer der Reden erschöpfen sollte, dürfe man wohl noch nicht sagen, daß es zur eigentlichen Entscheidung komme. Alles heute darauf hin, daß die zweite Lesung nicht die Vollendung des Gesetzgebungswerkes darstellen werde. Leider haben die gestrigen Reden aus dem konservativen Lager noch keinerlei Anhaltspunkte dafür gegeben, daß die Konservativen Realpolitik treiben sollten. Hoffentlich werde die Linke nicht idricht genug sein, den ganzen politischen Fortschritt, um den sie seit Jahrzehnten gekämpft und der ihr so greifbar nahe gebracht worden sei, fahren zu lassen. (!!)

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 1. Mai.

Die zweite Lesung der §§ 1—3 der

Wahlreformvorlage

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Lohmann (Ntl.): Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit.) Diejenigen meiner politischen Freunde, die hinter mir stehen, halten an ihrem Widerstande gegen die Vorlage der Regierung fest. (Lebhafter Beifall rechts; ironische Zurufe links; erneute Bravorufe rechts.) Wir haben insbesondere die Befürchtung, daß, wenn die Vorlage Gesetz werden würde, die

sozialdemokratische Partei sehr stark

sein wird. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Gleichheit des Rechts für alle bedeutet die Unterdrückung der wenigen, die anders denken. (Sehr richtig! rechts.) Das Reichstagswahlrecht wird in Preußen radikaler wirken als im Reichstage. (Zustimmung rechts.) Dazu kommt der

Einfluß der Polen,

als einer absoluten Oppositionspartei in Preußen. Wenn das Wachstum der Summe der sozialdemokratischen Stimmen in Preußen in dem Maße andauert, wie sie bei den Reichstagswahlen angewachsen waren, dann wird die Zahl der sozialdemokratischen Mandate derartig anschwellen, daß sie in absehbarer Zeit mit den Polen und Welfen die Mehrheit im Abgeordnetenhause haben werden. (Zustimmung rechts) Wir werden da etwa 112 Sozialdemokraten, 40 Polen, 3 Welfen und 2 Dänen haben, zusammen also 157 Stimmen. Mit den fortschrittlichen Abgeordneten kommen wir dann auf 192, was der absoluten Mehrheit von 228 außerordentlich nahekommt. Starke Befürchtungen werden laut aus den Kreisen der katholischen und evangelischen Kirche. Man befürchtet radikale Umwälzungen auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenpolitik. Alle diese Bedenken zwingen uns, unseren Widerstand gegen die Regierungsvorlage aufrecht zu erhalten. Das Unannehmbare der Regierung ist allerdings noch nicht ausdrücklich ausgesprochen worden. (Widerspruch links.) Wir haben daher einen Antrag auf

Einführung des Zweistimmenwahlrechts

eingebracht. Die ganze Presse mit wenigen rühmlichen Ausnahmen hat zugegeben, daß er eine solche sachliche Annäherung an die Regierungsvorlage bedeutet.

Alle, die die Regierungsvorlage als schädlich und unannehmbar ansehen, sollten sich auf dieser Verteidigungslinie zusammenfinden und auch das Herrenhaus möglichst einbeziehen. Der Ministerpräsident hat meinen Antrag noch nicht völlig abgelehnt. Ich hoffe, daß er in Erwägung gezogen wird. Ich hofe auch, daß die furchtbare Erregung, die ein Wahlkampf im Gefolge haben müßte, die Regierung zu Verhandlungen bereit machen wird. Wir verlangen eine allgemeine Pflicht gegenüber dem Staate. Auf sozialem Gebiete ist künftig noch viel Arbeit zu leisten. Die Bildungsmöglichkeit muß erweitert werden. Wir möchten, daß es Preußen nicht unmöglich gemacht wird, eine weithin sichtbare Stätte von Zucht und Kultur zu bleiben. (Stürmischer Beifall auf der Rechten und bei einem Teile der Nationalliberalen.)

Minister Dr. Drews:

Wir müssen darauf halten, daß der Kampf der politischen Neigungsverschiedenheiten in loyaler Form geführt und daß die Ueberzeugung des Anderdenkenden gerecht gewertet wird. Nur auf diesem Wege kann man dem Wohle des Vaterlandes nach besten Kräften dienen. Wir alle, die wir bereit waren, ein Ministeramt zu übernehmen, waren der Ueberzeugung, daß die Lage der Dinge unbedingt erfordert, daß nicht nur eine Vorlage des gleichen Wahlrechts erforderlich sei, sondern daß es auch notwendig war, daß die Regierung mit aller Energie und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintrete. Die

Vorlage muß durchgebracht werden,

damit die Spannung, die in weiten Kreisen unseres Volkes besteht und die unser persönliches Leben belastet, beseitigt wird. Wenn diese Spannung nicht beseitigt wird, dann müßte ein unerträglicher Zustand geschaffen werden. Das ist meine Ueberzeugung als ehrlicher Mann. Ein leiser Zweifel scheint aus den Ausführungen des Vorredners darüber hervorzugehen, ob der Ministerpräsident wirklich und wahrhaftig den Antrag des Abg. Dr. Lohmann als für die Regierung unannehmbar bezeichnet habe. Sollte darüber wirklich noch ein Zweifel obwalten, so möchte ich diesen Zweifel jetzt beseitigen. Dieser Antrag ist, das stelle ich nochmals ausdrücklich fest, für die Regierung unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung links.) Es findet sich in dem Antrage auch ein plutokratisches Moment, das dadurch zum Ausdruck kommt, daß durchgängig dem selbstständigen Unternehmer auf alle Fälle eine zweite Stimme gewährt werden soll. Nach unseren Berechnungen würde bei dem Antrage Lohmann keine Aussicht vorhanden sein, eine Mehrheit im Sinne der bisherigen Ostmarkenpolitik zusammen zu bekommen. Die Regierung hat in dieser Frage den Standpunkt eingenommen, daß es darauf ankommt, das Deutschtum aufrechtzuerhalten und daß man ebenfalls auf gewisse Maßnahmen verzichten kann, die als Annahmegesetz empfunden werden. Der Vorredner hat als schwerstes Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht erklärt, daß wir einer

Ueberwucherung der Sozialdemokratie

entgegengehen. Der Vorredner hat aber gleichzeitig gemeint, daß die Sozialdemokratie die Lehre aus dem Kriege gezogen haben könne, daß sie nur dann einen größeren Einfluß auf die Arbeitermassen haben würde, wenn sie sich auf nationalen Boden stellt. Wenn diese seine Auffassung richtig ist, würden seine eigenen Bedenken hinfällig werden. Wenn Sie ein Anwachsen der Sozialdemokratie in Preußen haben wollen, gibt es kein besseres Mittel, als das, das gleiche Wahlrecht abzulehnen. Wenn das gleiche Wahlrecht nicht jetzt kommt, besteht die Gefahr, von der der Herr Reichskanzler sprach, nämlich die Gefahr, daß dann das kommende Wahlrecht noch viel radikaler ausfallen wird. (Höhnisches Gelächter, stürmischer Widerspruch rechts; Zurufe: Sie sind also aus Angst für das gleiche Wahlrecht. Große Unruhe links.) Meine Herren! Ich tue hier meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit und trete mit meiner Person für meine Ueberzeugung ein. Solche Unterstellung, daß ich aus Angst und Feigheit mich leiten ließe, möchte ich mir ganz energisch verbitten. (Tosender Lärm rechts, stürmischer Beifall links, erneuter Lärm rechts, Rufe links: Ruhe.) Es ist meine Pflicht darauf zu bestehen und dabei zu bleiben, daß das gleiche Wahlrecht nur das Wahlrecht sein kann, das bei der Aenderung des jetzigen Zustandes eingeführt wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall links, Widerspruch und vereinzeltes Zischen rechts.)

Abg. **Pachnicke** (F. Vpt.): Der Ministerpräsident hat den

Ruf nach Verständigung

ausgesprochen und eine Grenze dessen gezeichnet, was uns an sogenannten Sicherungen zugemutet werden kann. Herr v. Heydebrand hat nicht den Versuch gemacht, die Gründe seiner Gegner objektiv zu würdigen. Unter der Herrschaft des gleichen Wahlrechtes hat das deutsche Reich eine wirtschaftliche Entwicklung genommen, die den

---

Ein Schritt ins Unrecht

Kriminal-Roman von **Arthur Winckler-Tannenberg.**

18] (Nachdruck verboten.)

Wenn Jan dann selbst erschien — einmal des Tages auf zwei- bis drei Stunden, sie zu einer Ausfahrt, zu einer Opernvorstellung oder Gesellschaft abholend, dann kam sie willig auch seinen Vorschlägen entgegen, aber recht oft merkte man doch den Zwang, den sie sich antat. Vor allem vereitelte sie, wo es anging, den Besuch von Gesellschaften. Das Befinden des Vaters gab den plausibelsten Vorwand; war er nicht stichhaltig, weil in dem sehr wechselnden Zustande Grothes gerade eine Besserung erfolgt war, dann fühlte sie selbst sich nicht wohl genug, und Jans Absicht, das schöne Mädchen der Welt als seine Braut zu zeigen, mißlang.

Der Sanitätsrat kam noch oft.

Als er wieder einmal mit seinem alten Freunde zusammensaß, sagte er zu ihm:

„Sie kommen nicht eher zur Ruhe und vorwärts, als bis eine Geschichte erledigt ist, also mein neuestes Rezept für Sie heißt: Hochzeit, Klaras Hochzeit!"

Grothe lächelte wehmütig.

„Reden Sie mit meiner Tochter. Ich dränge nicht mehr. Ich kann sie doch nicht aus dem Hause weisen."

Und der Sanitätsrat sprach mit ihr.

Sie sah ihn groß an und fragte:

„Wer hat Sie beauftragt, Herr Sanitätsrat?"

„Niemand."

„Nicht Jan?"

„Nein —"

„Sie kommen aus eigenem Entschluß auf dieses merkwürdige Thema?"

„Na, erlauben Sie mal, liebes Fräulein, ist das Thema Hochzeit für eine Braut ein merkwürdiges?"

„Unter Umständen, ja —,"

„So hören Sie denn, ich tue, was ich tue, als Arzt, als Freund Ihres Vaters. Er kommt aus Grübeleien, Sorgen und Gedanken nicht eher heraus, als bis dies — dies merkwürdige Thema abgeschlossen ist! Geheiratet soll doch werden, warum nicht bald, wenn die Beschleunigung Ihres Vaters Genesung beschleunigt?"

Da hatte Klara nichts mehr erwidert.

Aber bleich war sie geworden, das hatte er bemerkt. Da wollte er sie beruhigen und sagte:

„Natürlich ist's nichts ernstes. Papa ist auf dem Wege gesund zu werden, und nur eine schwere Gemütsbewegung könnte ihm noch Gefahr bringen. Na, die ist ja ausgeschlossen, alle Geldsorgen haben für immer ein Ende. Also, Sie brauchen nicht mehr zu erschrecken, aber ich möchte ihn rascher vorwärts haben, die richtige behagliche, meinetwegen verschlafene Ruhe möchte ich für ihn haben. Dann wird er noch einmal jung, jedenfalls ganz gesund."

Nach diesem Gespräch hatte Klara mehrere schlaflose Nächte. Sie mußte ja alles mit sich selber abmachen, sie hatte niemanden, mit dem sie sich beraten, bei dem sie sich Trost holen konnte.

Natürlich hatte sie an Herbert gedacht. Von ihm empfing sie Briefe. Wenig trostvolle. Seine Bemühungen, die großen Mittel aufzubringen, welche ein Finanzkampf mit Jan Volkmar forderte, blieben ziemlich erfolglos. Der Marquis d'Aiguillon auf Schloß Aiguillon hatte den Brief seines Neffen mit drei Zeilen der Empörung an die Majorin geschickt und erklärt, er ließ es auf einen Prozeß ankommen. Sie sei abgefunden und ihr Sohn interessiere niemanden in Aiguillon. — Ein Prozeß dauerte auch im besten Falle Jahre und erforderte erhebliche Mittel.

Herbert persönlich hatte Klara nicht mehr gesprochen, seit sie wußte, daß sie beaufsichtigt wurde. Jan besoldete wahrscheinlich ein Heer von Detektivs. Daß er sie bewachen ließ, wurde ihr klar, als er sie eines Tages bat, ihre Rechtsgeschäfte nicht mehr Herrn von Plessenow anzuvertrauen. —

Tags zuvor war sie in Herberts Bureau gewesen.

Ja, sie wollte fast verzagen — und trug es doch.

Wie? Darüber war sie nicht klar. Worauf hoffte sie eigentlich noch? Wie konnte sie glauben, Unabwendliches abzuwenden? Bei ihrer Ohnmacht.

Da lernte sie die Pein qualvoller Nächte kennen. Nächte ohne Schlaf, die ein Morgen von neuer Blumenpracht abzulösen pflegte.

Lilien vom Indus, Rosen aus Schiras.

Sie zitierte, wenn sie kamen, denn sie sagten ihr nur: Dein Kerkermeister ist es, der uns sendet!

• • •

Und während hier die Zeit in wehem Verzagen den Stundenzeiger rückte, brachte sie anderswo Hoffnung auf Freude und Glück.

Gleich nachdem die Verlobungskarten zur Versendung gelangt waren, hatte Erika von Lentheim die Majorin aufgesucht. Jetzt war Herbert frei. Frei für Erika.

Der Besuch war vergeblich gewesen.

Margot von Plessenow befand sich in einer Gemütsverfassung, die jeden Empfang ausschloß. Just an diesem Morgen war der Brief ihres Bruders Gaston d'Aiguillon eingetroffen.

Sie hatte Herbert Vorwürfe gemacht und fühlte sich in ihrer Familienehre gekränkt, als Herbert mit ungewöhnter Bitterkeit über diese Verwandten sprach. Vor allem aber, als er es beharrlich ablehnte, für seinen unbegreiflichen Schritt wider Onkel Gaston irgend eine Erklärung zu geben.

Mutter und Sohn waren in starker Verstimmung auseinandergegangen.

Und da war Erika gekommen!

Konnte das Schicksal eine unwillkommenere Stunde wählen?!

Margot erriet sofort, weshalb das junge Mädchen kam.

Der Garten ihrer Hoffnungen stand in Blüte.

In ihrer Seele aber wogte Aerger und Mißmut durcheinander. Rosa mußte die Tochter des Regierungspräsidenten empfangen und sie auf ein andermal vertrösten, da Frau von Plessenow, von kollen Kopfschmerzen heimgesucht, Ruhe brauche, vollkommene Ruhe. Ein andermal! Gut. Klaras Konkurrenz um den Geliebten war ja endgültig beseitigt, da schadet der Aufschub nicht. Nach einer Anstandspause von drei Tagen wollte sie wiederkommen, sich nach dem Befinden der Majorin erkundigen und dann mit ihr die nötigen Pläne schmieden.

Nach drei Tagen.

Es wurde drei Wochen daraus, denn daheim traf inzwischen seriöser Besuch ein. Ein hoher Beamter, die rechte Hand des Ministerpräsidenten, überbrachte das offizielle Angebot des Portefeuilles, verhandelte mit Papa tagelang, und als man einig war, reiste Mama in die Residenz zur Beschäftigung der Amtswohnung und zur Anordnung baulicher Veränderungen in dieser, für größte Repräsentation eingerichteten Wohnung.

Erika sollte mit. Und wollte übrigens auch sehr gern mit. Sie war ja doch außerordentlich stolz auf die glänzende Karriere ihres Vaters und neugierig, die ganze große Welt kennen zu lernen, in der sie nun leben würde.

Jetzt war Ende Januar, am ersten April würde man übersiedeln. Das drängte und eilte also, und nach Wochen erst konnte sie den Besuch der Majorin wiederholen. In sehr gehobener Stimmung tat sie es. Sie kam ja auch jetzt in ganz andere Glorie.

Das sollte sie gleich gewahr werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180503-12/fragment/page=0005

Neid des Auslandes so erregte, daß hierein einer der letzten Gründe für diesen Krieg zu suchen gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Wollen wir es wirklich den Männern antun, die das Vaterland gerettet haben, daß sie nach ihrer Rückkehr sortiert und klassifiziert werden? (Stürmische Zustimmung links.) Wir wollen uns vielmehr bemühen, daß unsere Kämpfer an der Front bei ihrer Heimkehr ein freies Vaterland vorfinden. Wir wollen eine staatsrechtliche Form schaffen, die dieser Helden werk ist. (Lebhaftes Bravo links.) So kann es nicht weitergehen! Geben Sie der neuen Zeit ihre Rechte! Die Krone darf in diesem Kampfe um das Wahlrecht keine Niederlage erleiden! Es steht viel auf dem Spiele, was geschehen muß, muß jedoch bald geschehen. Graf Hertling steht und fällt mit dem gleichen Wahlrecht, aber auch andere Minister stehen und fallen mit ihm. Es herrscht eine nervöse Stimmung im ganzen Volke. Was heute an persönlichen Verdächtigungen in der alldeutschen Presse geleistet wird, das kann nicht mehr erduldet werden. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Lübcke (Freikons.): Wir sind völlig darüber einig, daß die Wahlrechtsvorlage nicht in dieser Zeit kommen durfte. Wir sind überzeugt davon, daß das

gleiche Wahlrecht nicht zum Segen Preußens

sein wird. Die große Mehrheit meiner Freunde wird nicht dafür eintreten. Wir können die Verantwortung dafür nicht tragen, weil das gleiche Wahlrecht den Bestand des preußischen Staates gefährden würde. Die Kundgebung des Königs vom 11. Juli 1917 ist eine solche, die vom damaligen Ministerpräsidenten gegengezeichnet wurde. Verfassungsmäßig und vor der Geschichte trägt er allein die Verantwortung dafür. Aber die königliche Kundgebung befreit uns auch nicht von der Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen zu prüfen, was dem Wohle Preußens dient. Wir bedauern den Konflikt im Interesse Preußens, aber wir wissen uns frei von jeder Schuld. Wir sind unsererseits zum Wahlkampfe entschlossen. Wir zweifeln aber, ob die Regierung gewillt ist, einen Wahlkampf zu entfesseln, wie ihn Preußen noch nicht erlebt hat. Das gleiche Wahlrecht ist ein Sprung ins Dunkle. Wir wollen nicht behilflich sein, in Preußen den

Parlamentarismus und ein Scheinkönigtum

aufzurichten. Die Ausführungen der Regierung zur Ostmarkenpolitik sind nicht überzeugend. Es kommt vor allen Dingen auch auf die Stimmen auf dem Lande an. Hat man einmal das gleiche Wahlrecht in Preußen, dann wird man es auch sehr bald für die Städte haben. Die Entwickelung wird über die Auffassung der Regierung glatt hinweggehen. Schon das, was der Kommissionsantrag bewilligt, ist in hohem Maße demokratisch. (Gelächter links.) Trotzdem hat die Regierung sogar den Antrag des Abgeordneten Dr. Lohmann abgelehnt. Das gleiche Wahlrecht ist für uns unannehmbar. (Beifall rechts.) Wir wollen bei seiner Einführung nicht schäbig werden. (Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.): Wir sind natürlich für das gleiche Wahlrecht und

auch für das Frauenwahlrecht.

Das vorgeschlagene Wahlrecht der Kommission hat durchaus plutokratischen Charakter. Der Vorschlag Lohmann benachteiligt unsere Krieger. Der kleine Teil des Zentrums, der gegen das gleiche Wahlrecht stimmen will, wird vielleicht ausschlaggebend sein. Das alte Preußen wird stürzen und ein neues Preußen wird an seine Stelle treten. Sorgen Sie dafür, daß Sie unter den Trümmern, auf denen sich ein neues Preußen erheben wird, nicht begraben werden; sorgen Sie dafür, daß die große Zeit, in der wir leben, kein kleines Geschlecht findet.

Abg. Ströbel (Unabh.): Wenn das Wahlrechtsalter von 24 auf 25 Jahre heraufgesetzt wird, werden mehr als 400 000 Männer von der Wahlberechtigung ausgeschlossen. In England hat man alle Kriegsteilnehmer vom 21. Lebensjahre an für wahlberechtigt erklärt. Das sollte man auch bei uns tun, anstatt allerlei Tapferkeits- und Verdienstorden auszuklügeln. Der Entwurf bedeutet nur ein Vorspiel des gleichen Wahlrechts, eines richtigen Wahlrechts. Meine Freunde müssen

die Vorlage ablehnen,

auch im Regierungsinteresse.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag vormittags 11 Uhr.

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. Mai.

Der Reichstag beriet heute in erster Lesung zunächst über die Vorlage betreffend

Aufhebung des Paragraphen 153 der Gewerbe-Ordnung.

Abgesehen von den Konservativen, die eine genaue Prüfung der Vorlage für nötig halten und einer Minderheit der Nationalliberalen, die Bedenken gegen die Aufhebung hat, erklären sich die Redner der übrigen Parteien für die Regierungsvorlage und halten zumeist eine Kommissionsberatung nicht für nötig.

Es folgt die

erste Lesung des Arbeitskammergesetzes.

Staatsminister Freiherr **von Stein**: Der Entwurf hat schon einmal dem Reichstag vorgelegen, ist aber damals in der Beratung steckengeblieben. Die neue Vorlage baut sich auf der alten Basis auf. Nach dem Kriege wird eine Zeit kommen, die neben der Hoffnung auf fruchtbarste Entwicklung die Keime zur Erschütterung in sich tragen wird. Die Vorlage will diese Entwicklung fördern und die Erschütterung hintenanhalten. Dahin sollen die Arbeitskammern wirken.

Abg. **Schiffer** (Zentr.): In wesentlichen Punkten muß das Gesetz erweitert und verbessert werden. Ich beantrage eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. **Legien** (Soz.): Auch dieses Gesetz ist von dem Geiste des Mißtrauens und der Bevormundung wie alle Arbeitergesetze diktiert. Die Wünsche der Arbeiter-Organisationen sind völlig außer Acht gelassen worden. Auch die Landarbeiter werden nicht in das Gesetz einbezogen. Von der Kommission erwarten wir ganze Arbeit, sogar eine Umänderung der Grundzüge der Vorlage.

Abg. **Weinhausen** (F. Vp.): Der Entwurf bedeutet ein tüchtiges Stück Neuorientierung, in der den Arbeitern eine öffentliche rechtliche Vertretung gegeben wird. Allzu großen Nutzen versprechen wir uns von den Arbeitskammern nicht.

Abg. **Adler** (Natl.): Wir bedauern, daß die Staatsarbeiter in dieser Vorlage eine Ausnahmebehandlung erfahren. Für das fehlende Streikrecht müßten sie erheblich höhere politische Rechte erhalten. Sie wären zufrieden, wenn sie das Recht bekämen, das die Vorlage den übrigen Arbeitnehmern bringen soll. Es ist hier von der Kommission kräftige Arbeit zu leisten.

Abg. **Wildgrube** (Kons.): Ueber die Befugnisse der Ausschüsse, wie sie in der Vorlage vorgesehen wird, können wir nicht hinausgehen. Wir werden in freudiger Mitarbeit nicht hinter den anderen Parteien zurückstehen.

Abg. **Behrens** (D. Fr.): Sehr befriedigend wirkt die Vorlage nicht, aber es ist sehr erfreulich, daß sie endlich gekommen ist. Die Ausschüsse müssen obligatorisch eingerichtet werden, sonst haben sie keinen Wert. Die Landarbeiter dürfen nicht in der sozialen Gesetzgebung vernachlässigt werden. Das führt zur Landflucht. Das Gesetz darf nicht ohne Einbeziehung der Landarbeiter verabschiedet werden. Besondere Kammern für angestellte Kaufleute halten wir nicht für notwendig. Es genügen für sie besondere Abteilungen. Die Techniker wollen keine besonderen Kammern. Die Gewerkschaftsvertreter sollten als Arbeitervertreter ohne Einschränkung zugelassen werden. Sie haben sich namentlich während des Krieges sehr gut bewährt.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Außerdem Etat des Reichswirtschaftsamts.

* * *

Der Hauptausschuß über die Steuervorlagen.

Der Hauptausschuß des Reichstages begann am Mittwoch mit der Beratung der ihm überwiesenen Steuervorlagen, d. h. den Besitzsteuern, der Umsatzsteuer und den Verkehrssteuern.

Reichsschatzsekretär Graf Roedern stellte eine Statistik zwar für den Wehrbeitrag in Aussicht, erklärte aber, daß eine gleiche Zusammenstellung für die Kriegssteuer zurzeit unmöglich aufgestellt werden könne.

Abg. Dr. **Junck** (natl.) lenkte die Aufmerksamkeit auf die jetzt in erhöhtem Umfange grassierenden Schiebungen mit Goldwaren und Luxusartikeln. Ein Sicherungsgesetz dagegen sei unbedingt notwendig.

Abg. **Waldstein** (Vp.): Unter allen Umständen muß dem Steuergesetz rückwirkende Kraft gegeben werden.

Reichsschatzsekretär Graf **Roedern**: Der Wunsch, durch eine Bundesratsverordnung die Luxussteuern zu sichern, kann vom Bundesrate nur erfüllt werden, wenn er vom Reichstage deutlich und ausdrücklich ausgesprochen wird.

Der Ausschuß erhob nunmehr formell die Forderung, daß durch eine alsbald zu erlassende Bundesratsverordnung Maßnahmen zur Sicherung der Luxussteuer angeordnet werden.

Hierauf wurde die Beratung der Vorlage auf Erhöhung der Reichsabgabe für die Post- und Telegraphengebühren begonnen. Die Sozialdemokraten beantragen: Aufhebung der Portofreiheit der Fürsten, die unabhängigen Sozialisten auch die Beseitigung der Befreiung der Gemahlinnen und Witwen regierender Fürsten von der Zahlung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Abg. **Gothein** (Vp.) tritt als Berichterstatter ebenfalls für Beseitigung der Portofreiheit der Fürsten ein.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Gegen die erhöhten Sätze für die Post haben wir große Bedenken; sie werden zu einer Beeinträchtigung und Erschwerung des Verkehrs führen.

Abg. Dr. **Pfleger** (Zentr.) betonte, daß das bayerische Sonderrecht der Portofreiheit bayerischer Fürsten, soweit es sich um den Verkehr innerhalb des bayerischen Postgebiets handle, durch Reichsgesetz nicht geändert werden könne.

„Der große Krieg in Einzeldarstellungen."

„Wohl täglich hat das deutsche Volk seit dem 4. August 1914 durch Berichte der Obersten Heeresleitung erfahren, was draußen an allen Fronten vorgegangen ist. Bei dieser Art der Berichterstattung mußte dennoch der Allgemeinheit die Kenntnis der großen Zusammenhänge verschlossen bleiben. Darum hat der Generalstab des Feldheeres sich entschlossen, eine Reihe von Einzelschriften zur Veröffentlichung zuzulassen, in denen dem deutschen Volke von dem Verlauf der wichtigsten Kampfhandlungen im jetzigen gewaltigen Völkerringen Kenntnis gegeben wird. Was diese Darstellungen bringen, ist noch nicht Kriegsgeschichte. Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, werden vergehen, bis die inneren Zusammenhänge der Ereignisse völlig enthüllt sind. Dieses wird erst der Fall sein, wenn außer den Archiven des deutschen und der verbündeten Generalstäbe auch die unserer Gegner sich geöffnet haben. Schon heute aber soll das deutsche Volk durch Darstellungen aus der Feder von Männern, die an den einzelnen Kämpfen teilgenommen haben und denen das amtliche Quellenmaterial zur Verfügung steht, von dem Verlauf der wichtigsten Schlachten Kenntnis bekommen."

Diese Sätze stehen in dem Vorwort des im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres herausgegebenen Werkes „Der große Krieg in Einzeldarstellungen", das im Verlag Gerhard Stalling in Oldenburg i. Gr. erscheint. Dankbar ist es zu begrüßen, jetzt schon, noch mitten im Gang der gewaltigen Ereignisse, einwandfreie Darstellungen über den bisherigen Verlauf des Weltkrieges auf Grund amtlichen Quellenmaterials lesen zu können. Das Werk, mit vielen übersichtlichen Karten ausgestattet erscheint in sich abgeschlossenen, einzelnen käuflichen Heften, von denen bisher drei Hefte*) zur Ausgabe gelangten:

Heft 1: Lüttich-Namur, bearbeitet von Rittmeister Marschall v. Biberstein, damals Ordonnanz-Offizier der 14. Infanterie-Division, zeichnet in kurzer, plastischer Form die Bedeutung und schnelle Einnahme der Festung Lüttich. Unser Aufmarsch, die Durchbrechung der Frontlinie, das Eindringen in das Stadtinnere, sowie ferner die Durchstoßung der Nord- und Nordostfront von Namur und dessen Bezwingung ist fesselnd geschildert.

Heft 19: Die Schlacht bei Lodz wurde vom Major von Wulffen im Generalstab des Gouvernements Warschau, 1914-15 im Generalstabe der 3. Garde-Infanterie-Division, bearbeitet.

Es führt uns mitten hinein in die großen Tage des Herbstes 1914, wo Ostpreußen zwar vorläufig vom Feinde frei, aber Oesterreich-Ungarn und Schlesien bedroht waren. Der Mackensensche Vormarsch auf Lodz mit seinen Gefechten, mit der Schlacht von Kutno und bei Lodz, mit dem denkwürdigen Durchbruch bei Brzeziny bis zu unserem Einzuge in die Stadt ist packend dargestellt.

Heft 20: Die Winterschlacht in Masuren, bearbeitet von v. Redern, Hauptmann d. Res., damals Kompagnieführer im Inf.-Regt. Graf Barfuß (4. Westfäl.) Nr. 17, entrollt den gewaltigen Plan Hindenburgs, der der Vernichtung der russischen zehnten Armee galt. Die Vorbereitungen zum Angriff, der Beginn der Operationen, die blutigen Kämpfe um Lyck sind spannend und faßlich geschrieben. Das gewaltige Drama von Augustow, die Vernichtung der russischen zehnten Armee, die unvergleichlichen Leistungen unserer Führer und Truppen lernt man nach Studium des Buches erst richtig würdigen.

So sind die vorliegenden drei Hefte einzig dazu geeignet, im ganzen deutschen Volke, in allen Bevölkerungskreisen weitestgehende Verbreitung zu finden, denn sie sollen Volksbücher werden. Treffend ist auch im Vorwort vom Generalstab des Feldheeres gesagt:

„Die Schriftfolge ist nicht für die Kriegswissenschaft bestimmt, sondern für das deutsche Volk in seiner ganzen Breite, als den Träger des Krieges, vor allem für die Mitkämpfer selbst, um ihr Verständnis zu fördern für die gewaltigen Geschehnisse, zu deren Gelingen sie selber Blut und Leben eingesetzt haben."

*) Preis der Hefte zu je 1,20 Mark. — Hefte über 6 Bogen, wie z. B. Nr. 19, Schlacht bei Lodz, 1,50 Mark.

Aus Stadt und Umgebung

Billiges Gemüse.

Durch den Lebensmittelmarkt ist dafür gesorgt, daß man immer ein Gesprächsthema und einen Stoff zur Unterhaltung hat. Gegenwärtig stehen die Gemüse im Vordergrund des Interesses. Ohne den Einfluß der Höchstpreise auf den Spinat und Salat hier erörtern zu wollen, kann man ruhig behaupten, daß sie mit und ohne Höchstpreise teuer sind. Die Hausfrau muß gar tief in den Beutel greifen, wenn sie ein Gericht Spinat oder Salat erwerben will. Und doch gibt es billige Gemüse, die man sogar zu einem Preise beschaffen kann, der noch unter dem der — ach so schönen! — Friedenszeit steht. Professor Dr. Graebner hat in einem im Botanischen Museum zu Berlin-Dahlem gehaltenen Vortrag auf sie hingewiesen und betont, daß man leicht und an den verschiedensten Stellen große Mengen dieser Gemüse sammeln kann, die zum Teil viel besser sind als die im Garten gezogenen und außerdem noch den Vorteil haben, daß sie nicht erst durch soundso viele Hände gehen. Jetzt, wo Radieschen 35 Pfennige kosten, kann man, wie er mit Recht betonte, viel Geld verdienen, wenn man sein Gemüse und seinen Salat auf die einfachste Weise von der Welt selbst erntet.

Welches sind nun diese Gemüse? Da ist zunächst die Brennnessel, die einen ganz vorzüglichen Spinat liefert, der nach den Versicherungen von Professor Graebner viel besser mundet, als der käufliche, ist doch der Geschmack viel gehaltvoller und kräftiger. Freilich darf man keine alten Brennesseln nehmen, die schon einen halben Meter hoch ausgeschossen sind, sondern möglichst junge und zarte Pflanzen. Von diesen sind wieder jene am zartesten, die an schattigen Stellen wachsen, da sie an solchen länger frisch bleiben, als in der Sonne. Die Brennesseln werden abgewellt und im übrigen genau so zubereitet, wie der Spinat. Wir möchten noch ergänzen, daß die Brennessel auch außerordentlich nahrhaft ist, enthalten ihre Blätter doch nicht weniger als 10 v. H. verdauliches Eiweiß und 4,9 v. H. Fettsubstanz. Mehr kann man doch nicht von einem Nahrungsmittel, das gar nichts kostet, verlangen.

Als weitere billige Gemüse bieten sich die verschiedenen Arten des Hederich dar, die Professor Graebner als ebenso gut bezeichnet, wie den kultivierten Kohl. Dann ist vor allem der Sauerampfer zu nennen, für dessen Güte schon der Umstand spricht, daß man vielfach Anzeigen liest, in denen zur vorteilhaften Kultur in Gärten sogenannter „immerwährender Spinat" angepriesen wird. Bei näherem Zusehen stellt sich heraus, daß dieser immerwährende Spinat, der seinen Namen daher hat, daß er immer wieder neue Blätter treibt, in einer ganzen Anzahl von Fällen weiter nichts ist als einfacher Sauerampfer. Nicht minder vorzüglich ist die Vogelmiere, die, wenn man sie zubereitet, ganz genau so schmeckt wie Spinat, so daß man sie von wirklichem Spinat nicht unterscheiden kann. Ebenso gibt auch der Giersch einen vorzüglichen Spinat, während der Wegerich in gekochtem Zustande ähnlich schmeckt wie Kohl. Auch die jungen Pflanzen des Mohns sind ganz vorzüglich. Sie wurden in Frankreich und England auch im Frieden als ein beliebtes Gemüse stets gegessen. In England ist man auch Blätter der Primeln, die dort „Primrose" heißen, während man die Blüten in den Wein wirft und so den jenseits des Kanals beliebten „Primelwein", also eine Art von Bowle erhält.

Es kann vorkommen, daß man auf Spaziergängen und dergl. von einer dieser Pflanzen nicht die genügende Menge findet. Da sie aber in großen Massen auf allen unseren Brachäckern, an Wegen, Rainen, Wiesenrändern usw. vorkommen, so empfiehlt es sich, eben einfach alles mitzunehmen, was man von diesen Gemüsearten an den genannten Stellen findet, und das ganze dann zu mischen. Gerade diese Mischgemüse zeichnen sich durch einen vorteilhaften Geschmack aus, was ja schon daraus hervorgeht, daß man in Suppen gleichfalls die verschiedensten Arten solcher Gemüse zusammenmischt.

Es sei auch noch darauf hingewiesen, daß sich ebenso auch wildwachsende Salate in großer Masse finden, und wir möchten obigen Ausführungen noch hinzufügen, daß Friedrich der Große ganz besonders den aus Löwenzahn bereiteten Salat liebte der ihm vom General Görz empfohlen worden war, was uns Thiebault in seinen Erinnerungen an den großen König erzählt. Löwenzahn aber wächst überall in Hülle und Fülle, und wer sie auf seinen Spaziergängen oder auf dem Heimweg von der Arbeit regelmäßig sammelt, der kann wirklich auf die einfachste Weise eine ganze Menge Geld sparen.

Viehfürsorge-Maßnahmen der Provinz.

Dem Provinziallandtag liegt folgende Vorlage des Provinzialausschusses zur Beschlußfassung vor: „Provinziallandtag wolle die Hergabe eines unverzinslichen mit halbjährlicher Frist kündbaren Darlehens von 25 000 Mk. an die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zur Stärkung des Sicherheitsfonds ihrer Viehrückversicherung und die Entnahme des Betrages aus bereiten Mitteln genehmigen. Am 1. Oktober 1908 ist durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zur Unterstützung und Pflege des örtlichen Viehversicherungswesens in der Provinz Sachsen eine Viehrückversicherung mit einem Grundstocke von 50 000 Mk., welcher je zur Hälfte von der Provinz und der Landwirtschaftskammer zur Verfügung gestellt wurde, ins Leben gerufen worden. Dem Unternehmen waren im Jahre 1914 150 Vereine mit einer Gesamtversicherungssumme von 13 000 000 Mk. angeschlossen. Neue Vereine sind seit Ausbruch des Krieges nur wenige hinzugekommen, so daß der Bestand jetzt ungefähr der gleiche ist. Die angeschlossenen Vereine müssen zum Zwecke des Prämienausgleiches ein Fünftel der von ihnen erhobenen Normalprämie an die Viehrückversicherung abführen. Diese Ausgleichsgelder können von den Versicherungsvereinen je nach Bedarf zur Deckung ihrer Ueberschäden in Anspruch genommen werden.

Ferner übernimmt die Provinz die Entschädigung für Verluste an Rindern infolge von Impfungen gegen Milzbrand auf Veranlassung des Landeshauptmanns. Zu diesem Zwecke muß das Viehseuchenentschädigungsgesetz der Provinz dahin abgeändert werden: für Rinder, von denen angenommen ist, daß sie infolge einer polizeilich angeordneten Impfung eingegangen sind, sofern die Anordnung auf Ansuchen des Landeshauptmanns zum Schutze gegen Milzbrand erfolgt ist."

Das mit der Uebernahme der Impfverluste verbundene Risiko ist nur gering. Sollte sich tatsächlich ein anderes herausstellen, so hätte es die Provinz ja jederzeit in der Hand, von der durch die vorgeschlagene Satzungsbestimmung gewährten Ermächtigung, solche Impfungen zu beantragen, Abstand zu nehmen. Dem erstrebten Zwecke sollen die vorgeschlagenen Reglementsänderungen dienen, die sich an die vom Herrn Minister veröffentlichte Mustersatzung anlehnen.

Von den zuständigen Stellen, namentlich den Regierungspräsidenten in Magdeburg und Merseburg sowie der Landwirtschaftskammer, ist in den letzten Jahren zwecks Durchführung solcher „allmäßigen Impfungen im Einvernehmen mit der Veterinärpolizeibehörde dem Provinzialverbande wiederholt anempfohlen worden, in seiner Viehseuchenentschädigung eine die etwaige Entschädigung von Impfverlusten vorsehende Bestimmung aufzunehmen, und insoweit wenigstens von den früheren Bedenken gegen Ueberschreitung weiterer als der gesetzlichen Entschädigung abzugehen. Die Milzbrandentschädigungen machen bei weitem den größten Teil der Entschädigungen bei Rindern aus. Es wurden, wiederum hauptsächlich in den Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg, an Milzbrand entschädigt in den Jahr: 1912: 183 Stück mit 73 225 Mk., 1913: 271 Stück mit 121 660 Mk., 1914: 242 Stück mit 108 518 Mk., 1915: 57 Stück mit 73 700 Mk., 1916: 166 Stück mit 158 148 Mk., 1917: 100 Stück mit 119 767 Mk. Von 1915—1917 haben in einigen Besitzungen in verhältnismäßig geringen Zeiträumen nicht weniger wie 4, 5, 6, 10 und sogar bis 20 Tiere entschädigt werden müssen. Solche Milzbrandgehöfte sind daher der Schutzimpfung ganz besonders bedürftig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180503-12/fragment/page=0006